



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2020

**Konfessionalismus und Konvivenz: Die Surbtaler Juden und ihr Umfeld vom
17. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Kantons Aargau**

Bürgin, Martin

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-191344>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Bürgin, Martin (2020). Konfessionalismus und Konvivenz: Die Surbtaler Juden und ihr Umfeld vom 17. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Kantons Aargau. In: Picard, Jacques; Bhend, Angela. Jüdischer Kulturraum Aargau. Zürich: hier und jetzt, 159-182.

Konfessionalismus und Konvivenz. Die Surbtaler Juden und ihr Umfeld vom 17. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Kantons Aargau

Martin Bürgin

In einem Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung* im Oktober 2017 umschrieb Roy Oppenheim die beiden jüdischen Siedlungen in Endingen und Lengnau metaphorisch als «Rütli des Schweizer Judentums».²³ Es ist ein raffiniertes Bild, das einerseits die Bedeutung des Surbtals für die Geschichte der Schweizer Jüdinnen und Juden betont und andererseits geeignet ist, um die Schwierigkeiten zu reflektieren, die mit dem Schreiben eines historischen Überblicks über die Geschichte der Surbtaler Juden vom 17. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Kantons Aargau verbunden sind.

So wie das Rütli in der nationalgeschichtlichen Erinnerungskultur als Ursprungsort der Schweizerischen Eidgenossenschaft porträtiert wird, werden die beiden Surbtaler Orte Endingen und Lengnau als Ursprungsorte des Schweizer Judentums geschildert. In vielen Darstellungen werden die beiden Dörfer als einzige Orte beschrieben, in welchen Jüdinnen und Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft siedeln durften. Das gilt für Zeitungsberichte, Fernsehbeiträge, Führungen, Vorträge, vereinzelt aber auch für wissenschaftliche Studien. In einer historischen Fachpublikation wurde diese Erzählung, soweit ersichtlich, zuletzt in Battenbergs – ansonsten grossartiger – Überblicksdarstellung «Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts» vertreten, wo es heisst: «Von den – nicht mehr zum Reich zählenden – Schweizer Kantonen liess nur der Aargau Juden zu, so dass sich dort seit dem späten 17. Jh. in Lengnau und Endingen Gemeinden bildeten.»²⁴

Erinnerungsort: Das Surbtal als «Rütli des Schweizer Judentums»

An dieser Aussage können unterschiedliche Dinge problematisiert werden. Der Kanton Aargau existiert erst ab dem Jahr 1803. Vor dieser Zeit war das Gebiet, das wir heute Aargau nennen, in unterschiedliche politische Territorien unterteilt, die während der Zeitspanne, welche dieser Artikel untersucht, variierten. Ebenso variierten die Herrschaften, denen diese Gebiete unterstanden. Für die dort ansässigen Juden spielte das eine wichtige Rolle, wie später aufgezeigt werden soll. Wie wir ebenfalls sehen werden, zeugen die Quellen allerdings davon, dass Jüdinnen und Juden neben Lengnau und Endingen auch in anderen – heute aargauischen – Ortschaften wie Mellingen, Bremgarten, Klingnau oder Baden lebten. Möglich wären auch andere Ortschaften innerhalb der Grafschaft Baden. In der Forschung wurde beispielsweise über Ehrendingen als Niederlassungsort von Juden diskutiert, wobei die Indizien unterschiedliche Deutungen zulassen.²⁵

Mit Bestimmtheit können wir dazu keine Aussage treffen – und damit kommen wir zum Problem der Quellenlage. Die Quellen sind für die Frühe Neuzeit verhältnismässig knapp – und sie unterliegen spezifischen Perspektiven. Die Überlieferung von Quellen ist, wie es Arnold Esch treffend beschrieb, von Chancen und Zufällen geprägt.²⁶ Über die Niederlassung einzelner Personen wie auch über die Siedlungen mehrerer jüdischer Familien geben die Archive nur fragmentarisch Auskunft. Dabei handelt es sich selten um Quellen aus jüdischer Hand oder von lokalen Autoritäten, sondern in den meisten Fällen um Beschlüsse der Ständeregierungen oder Notizen der Eidgenössischen Tagsatzung. Das älteste von jüdischer Seite überlieferte Gemeindebuch stammt aus dem Jahr 1804.²⁷ Berichte von lokalen Autoritäten, christlichen Gemeinden, Vögten oder Untervögten sind, mit wenigen Ausnahmen, nur dann überliefert, wenn sie an die Ständeregierungen ausgehändigt wurden und in den entsprechenden Archiven aufbewahrt werden. Aufgrund der kontinuierlichen Verschriftlichung von Ratsbeschlüssen in Form von Ratsmanualen ist die Chance einer Überlieferung jüdischer Existenz in den Archiven der Obrigkeiten ungleich höher als in den Archiven lokaler Institutionen. Diese Überlieferung bleibt jedoch bruchstückhaft. Jüdinnen und Juden tauchen in den frühneuzeitlichen Quellen insbesondere dann auf, wenn sie in Rechtshandel verstrickt waren, wenn die Obrigkeiten ihnen gegenüber



- Ortschaften mit jüdischen Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, im Fürstbistum Basel und im habsburgischen Fricktal
- Hauptorte mit jüdischen Niederlassungen
- Hauptorte ohne jüdische Niederlassungen

Karte gestaltet durch David Guntern und Martin Bürgin; ursprünglich angefertigt für: Bürgin, Martin: Zwischen Vertreibung und Duldung. Jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft. In: Michaela Schmölz-Häberlein (Hg.): Jüdisches Leben in der Region. Herrschaft, Wirtschaft und Gesellschaft im Süden des Alten Reiches. Würzburg 2017, S. 31–75. Für diesen Artikel ergänzt um die jüdischen Niederlassungen in Rheinfelden und Laufenburg (im damals habsburgischen Fricktal). Vgl. dazu: Königs, Diemuth: Juden im Fricktal. Geschichte einer Minderheit vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Basel 2016.

Ortschaften mit jüdischen Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, im Fürstbistum Basel und im habsburgischen Fricktal. Nicht verzeichnet sind hier die Ortschaften mit jüdischen Niederlassungen im weiteren alemannisch-jüdischen Kulturraum, der sich von Vorarlberg über das süddeutsche Gebiet bis ins Elsass erstreckt.

neue Ordnungen erliessen, sie aus ihren Territorien verbannten oder proklamierten, sie aus diesen verbannen zu wollen. Berichte über konfliktfreie Beziehungen zwischen Christen und Juden in der sozialen Lebenswelt vor Ort finden sich demgegenüber weniger. Daraus kann allerdings nicht geschlossen werden, dass die Beziehungen zwischen Juden und Christen per se konfliktbehaftet waren.

In historischen Darstellungen wurde hie und da versucht, soziale Wirklichkeit und damit gültige Aussagen über den frühneuzeitlichen Lebensalltag von Jüdinnen und Juden zu rekonstruieren, indem auf Gesetzestexte und Weisungen der Obrigkeit verwiesen wurde – etwa in Bezug auf die sogenannten Schutz- und Schirmbriefe oder in Bezug auf die Protokolle der Eidgenössischen Tagsatzung. Diesen Ansatz werden wir problematisieren – und eine andere Lesart obrigkeitlicher Quellen in Bezug auf jüdische Lebenswelten vorschlagen.

Hingegen lässt sich aus den überlieferten Quellen klar feststellen, dass jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft keineswegs auf das Gebiet des Aargaus beschränkt waren. Grössere Siedlungen sind etwa für Solothurn, das Rheintal, den Thurgau und das Fürstbistum Basel-Landschaft (welches formell allerdings nicht zur Eidgenossenschaft gehörte) bezeugt; Niederlassungen einzelner Juden oder jüdischer Familien können auch für zürcherische Territorien und die Städte Luzern, Freiburg, Schaffhausen, St. Gallen und Basel nachgewiesen werden.²⁸ Zwar wird dieser Beitrag auf die jüdische Geschichte des Aargaus – und spezifisch auf das Surbtal – fokussieren, ein vergleichender Blick auf andere Regionen wird aber hilfreich sein, um die jüdischen Lebenswelten im Surbtal besser einordnen zu können. Die kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und familiären Verbindungen der Surbtaler Juden waren Teil eines Netzwerks, das sich – neben den genannten Gebieten der Alten Eidgenossenschaft – über Vorarlberg, den süddeutschen Raum, das Elsass und den Rhein entlang bis Frankfurt (oder weiter) ausdehnte. Die Geschichte der Surbtaler Juden ist – wie die Geschichte der Schweizerinnen und Schweizer generell – Teil einer überregionalen und transnationalen Geschichte.

So wie wir den räumlichen Untersuchungshorizont öffnen sollten, sollten wir auch den zeitlichen Rahmen der Untersuchung etwas weiter stecken. In zahlreichen Überblicksdarstellungen wird beschrieben, dass eine Diskontinuität jüdischer Niederlassungen zwischen dem späten 15.

und der Mitte des 17. Jahrhunderts festzustellen sei und dass sich diese Niederlassungen ab dem 17. Jahrhundert auf die beiden «Judendörfer» Endingen und Lengnau in der Grafschaft Baden konzentriert hätten. Eine genaue Durchsicht der Quellen und der Forschungsliteratur belegt allerdings vielmehr die Präsenz jüdischer Individuen, Familien und Gemeinschaften in verschiedenen Städten und Territorien im 16. und 17. Jahrhundert.²⁹ Für Zürich kann sogar aufgezeigt werden, wie einzelne jüdische Familien – wenn auch an verschiedenen Orten – vom 15. bis zum 16. Jahrhundert über mehrere Generationen wohnhaft waren.³⁰ Neben Diskontinuitäten können also auch Kontinuitäten festgestellt werden.

Von Endingen und Lengnau als «Rütli der Schweizer Juden» im Sinne konkreter *Ursprungs-orte* kann demnach, mit Blick auf die Quellen, nicht die Rede sein. Genauso wenig kann allerdings vom Rütli als *Ursprungsort* der Schweiz oder der Alten Eidgenossenschaft ausgegangen werden. Die Raffinesse der Rütli-Metapher liegt vielmehr darin, dass sie auf die Bedeutung des Surbtals als schweizerischer Erinnerungsort jüdischen Lebens verweist; ihre Aussage zielt darauf ab, die Juden in der Lebenswelt Schweiz als Teil eines inkludierenden gemeinsamen «Wir» anstelle eines exkludierenden «Anderen» verstehen zu wollen.³¹ Wobei die jüdischen Siedlungen in Lengnau und Endingen nicht bloss als Orte des sozialen Gedächtnisses von Bedeutung waren, sondern sich ab der Mitte des 17. Jahrhunderts bis ins 19. Jahrhundert tatsächlich zu den wichtigsten Orten jüdischen Lebens im Gebiet der heutigen Schweiz entwickelten.

Chancen und Zufälle der Überlieferung: Juden in Bremgarten und Mellingen

Die frühneuzeitliche Eidgenossenschaft war ein fragiles Gebilde, organisiert als föderalistischer Zusammenschluss von Stadtstaaten und Landorten mit unterschiedlichen politischen Organisationsformen. Hinzu kamen Zugewandte Orte und diverse Untertanengebiete. Die einzelnen Stände – und je nach Rechtsstatus auch einzelne Städte – regierten innerhalb ihrer Territorien weitgehend autonom. Die Untertanengebiete wurden als Gemeine Herrschaften unterschiedlicher Orte verwaltet, deren Zusammensetzung Änderungen unterworfen war. Als die Eidgenossen 1415 den Aargau eroberten, wurden die Grafschaft Baden und die Freien Ämter zu Gemeinen Herrschaften;

der Berner Aargau wurde bernisch, das Fricktal blieb habsburgisch. Zwischen 1523 und 1536 führten mehrere Stände und Zugewandte Orte in ihren Territorien die Reformation ein. Das führte zu Spannungen zwischen den beiden konfessionellen Lagern und hatte Einfluss auf die «Judenpolitik» der Eidgenössischen Orte, die wir später genauer betrachten werden. Jüdische Niederlassungen existierten zunächst aber in katholischen wie auch in reformierten Gebieten und – das dürfte kein Zufall sein – in den bikonfessionellen Untertanengebieten, im Rheintal, im Thurgau und im Aargau.

Innerhalb der Untertanengebiete wiederum gab es einzelne Städte, die mit Sonderrechten ausgestattet waren. So ist für Bremgarten wohl seit 1481 das Recht verbriefte, Juden Schutz zuzusprechen.³² Konkrete Hinweise auf Juden in Bremgarten sind allerdings spärlich. Dabei lässt sich anschaulich illustrieren, was oben mit Überlieferungschancen und Überlieferungszufällen angesprochen wurde. Hinweise auf Juden in Bremgarten erhalten wir zunächst aus den Archiven anderer Orte: 1537 soll David von Bremgarten bei der Tagsatzung um freies Geleit – die Erlaubnis, eidgenössische Gebiete zu durchqueren – gebeten haben; 1538 beantragte ein nicht namentlich genannter Jude aus Bremgarten beim Zürcher Rat freies Geleit durch Zürich.³³ 1560 taucht erneut ein David aus Bremgarten in den Quellen auf. Er wurde von Christen des Ritualmords beschuldigt. Die Anschuldigung wurde von den Behörden aber, wie es scheint, zurückgewiesen.³⁴ Vier Jahre später wendet sich ein Salomon aus Bremgarten zusammen mit einem Messly aus Mellingen an den Zürcher Rat, damit ihnen dieser bei einer Rechtsstreitigkeit Beistand leiste.³⁵ Für 1578 verweisen die Zürcher Akten – ohne Nennung eines Namens – auf einen Bremgarter Juden, der sich in der Zürcher Herrschaft Grüningen als Arzt anbot. Da ihm der Zürcher Rat dazu keine Erlaubnis und kein Geleit erteilt hatte, wurde er mit einer Busse geahndet.³⁶ Für 1585 wird ein Rechtsstreit zwischen einem Christen aus Adlikon und dem Juden Salman dokumentiert, wobei zu Salmans Gunsten entschieden wurde. Zwar erfahren wir nicht, worüber gestritten wurde, immerhin informiert die Notiz darüber, dass Salman zusammen mit seinem Vater Jacob und seiner Schwester Böli in Bremgarten wohnte.³⁷ Zuletzt dokumentiert das Zürcher Ratsmanual 1590 eine Streitschlichtung zwischen zwei Christen und einem Sadäms, welchen der Kanzlist als den «alten Jüden zu Brëmgarten» bezeichnete.³⁸

Zwischen 1537 und 1590 dokumentieren die Quellen also in sieben Fällen die Existenz von Juden (und einer Jüdin) in Bremgarten. Namentlich genannt wurden dabei David, Messly, Salman, Jacob, Böli und Sadäms. Kenntnis über diese Personen erhalten wir lediglich aus der Perspektive von Rechtsfällen – und nur in Form kurzer Kanzleinotizen. Über den Alltag der Juden in Bremgarten lässt sich damit wenig rekonstruieren. Immerhin kann festgehalten werden, dass die Quellen über 53 Jahre mit einer gewissen Kontinuität von Juden berichten, dass die Rechte der Juden von der Obrigkeit gewahrt wurden (zwei Mal wird zugunsten der Juden entschieden, ein Mal setzt sich der Rat für eine Streitschlichtung ein) und dass sich unter den Juden von Bremgarten wohl (mindestens) ein Arzt befand. Dass sich diese Hinweise im Zürcher Staatsarchiv finden, ist kein Zufall: Als die Eidgenossen Bremgarten eroberten, teilten sie den juristischen Einflussbereich der Stadt auf. Die Hochgerichtsbarkeit des Kelleramts wurde Zürich zugestanden, jene des Niederamts verschmolz mit der gemeinherrschaftlich verwalteten Grafschaft Baden. Die Kontrolle über die Stadt unterstand dem eidgenössischen Landvogt der Grafschaft Baden. Die Stadt Bremgarten verbündete sich in der Folge mit Zürich.³⁹

Ähnlich wie Bremgarten war Mellingen eine Stadt, die auch nach der Eroberung durch die Eidgenossen mit weitgehenden Rechten ausgestattet war. Mellingen gehörte verwaltungstechnisch zu der gemeinherrschaftlich verwalteten Grafschaft Baden, verfügte aber über gerichtliche Autonomie und über eine eigene Gesetzgebung, wählte seine Behörden selbstständig und hatte freies Marktrecht.⁴⁰ Bis ins 17. Jahrhundert nutzte Mellingen seine Stadtrechte auch, um Juden Schutz und Niederlassung zu gewähren. Hinweise sind in den Ratsprotokollen der Stadt Mellingen selbst und in auswärtigen Archiven überliefert. Wie im Zusammenhang mit Salomon aus Bremgarten bereits erwähnt, ist für 1564 ein Jude namens Messly in Mellingen belegt.⁴¹ 1638 wurde einem Juden aus Stühlingen namens Meier erlaubt, sich für ein Jahr in Mellingen niederzulassen.⁴² Aufgrund des Datums kann vermutet werden, dass Meier vor den Wirren des Dreissigjährigen Krieges in die nahe gelegene Eidgenossenschaft geflohen war. Hinweise auf jüdische Kriegsflüchtlinge finden sich zur gleichen Zeit auch an anderen Orten. Mit Bestimmtheit lässt sich das aufgrund der überlieferten Quellen allerdings nicht sagen.

In den Ratsmanualen von Zürich findet sich 1641 der Eintrag, ein Jegli Schwaben, der in Mel-

lingen lebe («Jegli Schwaben, deß Jüden zů Mellingen»), wolle den Zürcher Marstall mit guten und dienstlichen Pferden versorgen. Das Instruktionsschreiben hob die positiven Eigenschaften des Jegli Schwaben als Pferdehändler hervor, verwies allerdings darauf, dass der Staat Zürich 1633 die Verbannung aller Juden beschlossen habe – wir werden darauf zurückkommen – und eine Handelstätigkeit mit ihm deshalb nicht infrage komme.⁴³ Neben Jegli Schwaben und Meier lebten in Mellingen die beiden jüdischen Brüder Maram und Isaak. In den Ratsprotokollen der Stadt Mellingen sind sie ab 1639 dokumentiert und als Geldwechsler, Tuch- und Viehhändler beschrieben.⁴⁴ Vermerkt sind sie in den Ratsprotokollen aufgrund mehrerer gerichtlicher Verhandlungen, wobei das Gericht ihnen in den meisten Fällen Recht zusprach. Bemerkenswert ist, dass die Kleinstadt Mellingen ihre Rechtsprechung auch gegenüber einer Intervention des Staats Zürich durchsetzte: Als Maram 1648 durch den christlichen Tuchhändler Wildermet und dessen Diener Wälf angegriffen und – wie die Akten berichten – beinahe zu Tode geprügelt wurde, büsste die Stadt Mellingen die beiden Angreifer mit hohen Bussen. Darüber beklagte sich der Diener Wälf beim Zürcher Rat und bewegte Zürich dazu, in Mellingen zu intervenieren. Der Stadtrat von Mellingen antwortete an Zürich ohne Umschweife, dass Wälf nach geltendem Stadtrecht bestraft wurde und Maram unter dem Schutz der Stadt Mellingen stehe.⁴⁵

Ebenfalls für 1648 dokumentieren die Ratsprotokolle, dass die Juden Maram, Schwab und Meier Mellingen verlassen hätten und nach Stühlingen gezogen seien. Im Widerspruch dazu steht ein Eintrag, der auf eine Niederlassung des Maram bis ins Jahr 1651 schliessen lässt.⁴⁶ Die kurzen Notizen lassen immerhin die Beobachtung zu, dass der Jude Meier, der 1638 aus Stühlingen nach Mellingen kam und damals die Erlaubnis erhielt, sich für ein Jahr niederzulassen, auch zehn Jahre später noch das Gastrecht der Reuss-Stadt genoss.

Innerhalb der nächsten 15 Jahre verliessen die genannten Juden die Stadt Mellingen – und der Mellinger Rat beschloss, seine Politik der Duldung zu revidieren. So verfügten die Mellinger Räte 1666, dass sie keine weiteren Juden mehr in ihre Stadt aufnahmen («wyl sy dussen seigen, solent sy dussen verbliben»).⁴⁷ Jegli Schwaben reiste wohl nach Rheinfelden weiter. So hielt Diemuth Königs in ihrer Studie zu den Juden im Fricktal fest: «Zunächst zog Jäkle Schwab mit seiner Fa-

milie, seinem Vater sowie einigen Dienstboten nach Rheinfelden. Danach kam auf Initiative von Schwab noch die Familie Dreifuss hinzu.»⁴⁸

Juden in der Grafschaft Baden: Frühe Einzelbelege

Die Grafschaft Baden wurde von 1415 bis 1712 von den Eidgenössischen Orten Schwyz, Unterwalden, Luzern, Zürich, Zug, Bern und Glarus (ab 1443 auch Uri) verwaltet. Die herrschenden Acht Orte stellten jeweils für zwei Jahre einen Landvogt, der die Obrigkeit in der Grafschaft Baden beziehungsweise der Landvogtei Baden vertrat. Über die Verwaltung der Gemeinen Herrschaften berieten die Bevollmächtigten der Eidgenössischen Orte an den Tagsatzungen, wo sie sich generell über gemeinsame Geschäfte berieten. Die an den Tagsatzungen gefassten Beschlüsse, Memoranden und die dazugehörigen Protokolle wurden in den sogenannten Eidgenössischen Abschieden gesammelt. Sie dienten den Abgeordneten dazu, ihren Regierungen den Inhalt der Beratungen zu übermitteln. Eine eigentliche Gesetzeskraft oder Zwangsgewalt kann den Abschieden nicht zugeschrieben werden.⁴⁹ Die darin enthaltenen Weisungen sind also mit Vorsicht zu geniessen. Allerdings liefern sie wichtige Anhaltspunkte über die Existenz jüdischen Lebens in der Eidgenossenschaft und vermitteln Einblick in die obrigkeitliche Perspektive im Hinblick auf den Umgang mit Jüdinnen und Juden.

Die frühesten bekannten Schriftquellen, die eine jüdische Siedlungstätigkeit in der Grafschaft Baden bezeugen, datieren auf das Jahr 1612. Im ersten Fall handelte es sich um ein in den Eidgenössischen Abschieden überliefertes Postulat an die Regierungen der fünf katholischen Orte. Diese wurden aufgefordert, Instruktionen nach Baden zu senden, damit ihre Gesandten wüssten, wie sie in einem Geschäft, das die Vertreibung der in Klingnau ansässigen Juden behandelte, entscheiden sollten.⁵⁰ Wieso über eine Vertreibung verhandelt wurde, wer die Vertreibung forderte oder wie die katholischen Orte antworteten, wissen wir nicht. Ebenso wenig erfahren wir darüber, wie die reformierten Orte über die Angelegenheit dachten. Wir können aber festhalten, dass in Klingnau 1612 wohl mehrere Juden und allenfalls auch Jüdinnen siedelten.⁵¹

In demselben Jahr wurde in Graubünden ein Prozess geführt gegen mehrere Juden aus Buchau am Federsee (rund 65 km nordöstlich von Kons-

tanz gelegen). Den angeklagten Juden wurde vorgeworfen, einem Bündner Bürger Geld zu schulden. Der Stand Graubünden intervenierte bei der Eidgenössischen Tagsatzung, um seinem Bürger zu seinem (angeblichen) Recht zu verhelfen. Da sich die Buchauer Juden weigerten, das geforderte Geld zu bezahlen, verlangte Graubünden, dass die Juden der Grafschaft Baden mit ihrem Vermögen für die schwäbischen Juden Solidarhaft leisten sollten. Dabei ging es nicht darum, dass die Juden der Grafschaft Baden in die Geschäfte der Juden aus Buchau involviert gewesen wären, sondern dass sie als Juden kollektiv für andere Juden behaftet wurden. Um ihre Forderungen durchzusetzen, drohten die Bündner, die Juden der Grafschaft Baden in Arrest setzen zu lassen.⁵²

Die Badener Juden wiederum klagten gegen das Vorgehen Graubündens. In einer Interpellation an die Eidgenössische Tagsatzung legten sie dar, dass es nicht rechtens sei, sie für die Schuld *fremder* Juden haftbar zu machen. Die Tagsatzung unterstützte die Argumentation der Badener Juden grundsätzlich. Die Auflösung des verhängten Arrests wurde jedoch verschoben. Die Bündner sollten noch einmal die Möglichkeit haben, sich vor der Tagsatzung zu erklären und auf die Interpellation der Badener Juden zu reagieren.⁵³ Es scheint, als ob die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben wurde. Erst etwas mehr als zwei Jahre später findet sich dazu eine Entscheidung der Tagsatzung. Dabei erklärten die Abgeordneten der Tagsatzung, dass sie dem Begehren der Badener Juden entsprächen und dass eine Solidarhaftung nicht zulässig sei. Von den Bündnern verlangten sie, den über die Badener Juden verhängten Arrest aufzuheben.⁵⁴

Die beiden Fälle zeigen, wie schmal der Grat der obrigkeitlichen Gunst war, auf dem Jüdinnen und Juden wanderten. 1612 wurde an der Tagsatzung noch darüber diskutiert, ob die Juden aus Klingnau vertrieben werden sollten. 1615 schützten die Eidgenössischen Orte die Badener Juden in einer rechtlichen Streitfrage gegenüber einem ihrer politischen Koalitionspartner.

Ob die erwähnten «Badener Juden» mit den «Klingnauer Juden» identisch waren, lässt sich anhand des vorhandenen Quellenmaterials nicht eruieren. Ebenso wenig lässt sich erschliessen, wie die beiden konträren Intentionen von Vertreibung und Rechtsschutz im Einzelnen miteinander in Einklang gebracht wurden. Allerdings lässt sich darlegen, dass die Klingnauer Juden 1612 letztlich wohl nicht aus der Stadt vertrieben wurden. So finden wir – einmal mehr im Zusammenhang

mit Rechtsstreitigkeiten – Hinweise auf Juden in Klingnau. Zürcher Akten belegen, dass 1620 gegen den Klingnauer Juden Tschay Klage wegen Wuchers erhoben wurde; 1631 verweisen sie auf einen in Klingnau wohnhaften Juden namens Morkhel.⁵⁵

In dem rund 13 Kilometer von Klingnau entfernten Dorf Lengnau kann 1622 erstmals ein jüdischer Bewohner nachgewiesen werden. Es handelt sich um einen Mann namens Isaac, von dem wir aufgrund einer überlieferten Leibzollzahlung im elsässischen Bergheim wissen.⁵⁶ Auch von dem 1633 in Zürich hingerichteten Juden namens Samuel Eiron (mehr dazu unter «Zwischen Duldung und Vertreibung») heisst es in den Quellen, er habe in Lengnau gewohnt.

1678 werden die Juden von Endingen erstmals aktenkundig, als sie sich zusammen mit den Lengnauer Juden beim Badener Landvogt darüber beschwerten, dass sie auf Geschäftsreisen in Döttingen und Klingnau jeweils von christlichen Bewohnern drangsaliert würden.⁵⁷ Die Obrigkeit prüfte die Eingabe und erklärte, dass die Surbtaler Juden unter dem Schutz des Landvogts stünden. Sie drohten mit Strafen gegen all jene, die sich an Ausschreitungen gegen die in der Grafschaft Baden wohnhaften Juden beteiligten. Als Strafmass wurde ein Bussgeld in der Höhe von hundert Gulden festgelegt, was wohl dem Mehrfachen eines Jahreslohns eines Handwerkers entsprach.

Die Herrschaft sicherte den Jüdinnen und Juden Schutz zu. In sogenannten Schutz- und Schirmbriefen wurde dieser Schutz rechtlich verbrieft, ausgestellt auf eine befristete Dauer und gegen Zahlung einer bestimmten Summe. Ab wann die ersten Schutz- und Schirmbriefe in der Grafschaft Baden erlassen wurden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Johann Caspar Ulrich zitierte in seiner «Sammlung jüdischer Geschichten» ein Schreiben des Landvogts Johann Peter, datiert auf den 23. Juli 1658, in welchem den Juden der Grafschaft Baden Schutz und Schirm garantiert wurde.⁵⁸ Augusta Weldler-Steinberg und Florence Guggenheim-Grünberg schrieben von einem Beschluss des Syndikats (der Gesandten der Eidgenössischen Orte) aus dem Jahr 1657 und einem Rezess von 1678 (einem landesrechtlichen Vergleich), in welchen bestimmt worden sei, dass die Juden der Grafschaft Baden den Schutz der Obrigkeit genossen und rechtlich (nur) ihr unterworfen seien.⁵⁹

Ulrich berichtete weiter von einem Schirmbrief, der am 28. Juli 1678 ausgestellt wurde; darin sei der Beschluss, Juden innerhalb der Grafschaft

Baden Schutz zu gewähren, erneuert worden.⁶⁰ Anders als in anderen eidgenössischen Gebieten wurden die Schutz- und Schirmbriefe in Baden nicht an Einzelpersonen ausgestellt, sondern im Kollektiv und galten für alle in der Grafschaft Baden niedergelassenen Jüdinnen und Juden. Ab 1696 bis zum Ende des Ancien Régime wurden Schutz- und Schirmbriefe alle 16 Jahre erlassen und erneuert (mehr dazu unter «Schutz und Schirm»). Ihr Schutzstatus blieb aber prekär; immer wieder wurden Stimmen laut, die eine Vertreibung der Juden forderten.

Zwischen Duldung und Vertreibung

In der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft wurde in regelmässigen Abständen über die Duldung oder Vertreibung der Juden debattiert, innerhalb selbstständiger Territorien und Städte genauso wie auf gesamteidgenössischer Ebene im Rahmen der Tagsatzung. Dabei entwickelten sich unterschiedliche Tendenzen. In einigen Territorien wurde die Vertreibung der Juden rigoros durchgesetzt. In anderen wurden zwar ebenfalls Mandate zur Vertreibung der Juden beschlossen; andererseits finden sich beinahe ebenso häufig Quellen, die belegen, dass den postulierten Vertreibungsabsichten keine Taten folgten. Am Beispiel der beiden Stände Zürich und Solothurn – beide für die Geschichte der Juden im Aargau von Bedeutung – können diese beiden Tendenzen beispielhaft festgemacht werden.⁶¹

In den Territorien des Standes Zürich sind niedergelassene Jüdinnen und Juden im 15. und im 16. Jahrhundert in verschiedenen Orten aktenkundig, etwa in Zürich, Winterthur, Wülflingen, Andelfingen, Kyburg und Kefikon.⁶² Spätestens ab 1633 verfolgte Zürich allerdings eine äusserst rigide Politik: Den Juden wurde verboten, sich in zürcherischen Territorien niederzulassen oder diese zu durchqueren. Es galt also nicht nur – wie andernorts auch – ein Niederlassungsverbot, sondern auch ein Durchgangsverbot, wobei im Verlauf der Zeit gelegentlich Ausnahmen gemacht wurden.

Direkter Auslöser dafür – zumindest argumentierte der Rat in diesem Sinne – war ein Prozess, den der Staat Zürich gegen den Juden Samuel Eiron führte. Eiron war, so berichten die Untersuchungsakten, ähnlich wie der Jude Meier aus Stühlingen in Mellingen ein Flüchtling, der während des Dreissigjährigen Kriegs in der nicht am Krieg beteiligten Eidgenossenschaft Zuflucht suchte. Eiron stammte ursprünglich aus Frankfurt, einem der

grossen Zentren des Judentums im deutschsprachigen Raum. Aufgenommen wurde er von der jüdischen Gemeinde in Lengnau. Aus welchen Gründen er sich in Zürich aufhielt, erfahren wir nicht. Die Protokolle des Gerichts halten in erster Linie den Rechtsfall fest. Während eines Wirtshaustreits im Zürcher Gasthof Schwert soll Eiron gegenüber christlichen Metzgern gesagt haben, dass Christus durch einen Juden «gemacht worden» sei. Die Metzger reagierten empört. Die Zürcher Obrigkeit sah darin einen Fall von Gotteslästerung.⁶³

Eiron wurde inhaftiert und gefoltert. Sein Fall sorgte für öffentlichen Aufruhr, Theologen debattierten über die Tragweite seiner Worte. Die Zürcher Obrigkeit statuierte ein Exempel und verurteilte Eiron wegen Gotteslästerung zum Tode. Überregional diskutiert und skandalisiert wurde der Fall jedoch, weil Eiron sich weigerte, seine Aussage zu widerrufen und sie auf dem Weg zum Hinrichtungsplatz verschärfte. So soll er ins Publikum geschrien haben, dass Gott nie einen Sohn gehabt habe. Das sorgte für Furore – und hatte politische Konsequenzen.

Der Zürcher Rat, der sich als Garant des reformierten und einzig wahren christlichen Glaubens positionierte, konnte eine öffentliche Infragestellung christlicher Dogmen durch einen Juden nicht tolerieren. Um ein Zeichen zu setzen, verbannte Zürich in der Folge sämtliche Angehörige jüdischen Glaubens aus den Zürcher Territorien. Die entsprechenden Vertreibungsmandate wurden regelmässig wiederholt. Jüdische Niederlassungen sind bis ins 19. Jahrhundert keine mehr belegt. Bis zum Ende des Ancien Régime 1798 wurden auch Passierrechte nur noch in den seltensten Fällen erteilt. Wie an den Beispielen von Bremgarten und Mellingen aufgezeigt, intervenierte Zürich in Rechtsfällen nach 1633 nicht mehr zugunsten der Juden, sondern ergriff anwaltschaftlich Partei für jene, die mit den Juden im Konflikt standen. Darüber hinaus forderten die Abgeordneten Zürichs an der Eidgenössischen Tagsatzung, dass sich alle Stände einer Politik der Vertreibung anschliessen sollten; in ihren eigenen Territorien und erst recht in den gemeinsam verwalteten Untertanengebieten (mehr dazu unter «Symbolpolitik im Zeitalter der Konfessionalisierung»).

Andere Stände, die jüdische Niederlassungen in ihren Territorien duldeten, erliessen zwar auch Vertreibungsmandate gegen niedergelassene Juden, setzten diese aber weniger strikt um. Innerhalb der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft kann Solothurn diesbezüglich als eigentlicher Gegenpol zu Zürich betrachtet werden. Die Manuale

des Solothurnischen Rats bezeugen eine jüdische Siedlungstätigkeit ab den 1570er-Jahren bis ins Jahr 1736. Als Gemeinden, in welchen Juden siedelten, werden Metzleren, Hofstetten, Witterswil, Dornach, Erschwil, Trimbach und Winznau genannt.⁶⁴ In regelmässigen Abständen gewährten die Ratsherren einzelnen Juden Niederlassungsbewilligungen. Gleichzeitig dokumentieren die Ratsmanuale in demselben Zeitraum wiederholt Befehle zur Vertreibung der Juden. Alleine von 1575 bis 1597 sind 13 derartige Anordnungen an die Landvögte verzeichnet. Zwischen Durchreisenden und Niedergelassenen wurde dabei kein Unterschied gemacht.

Die Einträge in den Ratsmanualen illustrieren deutlich, dass es zwischen dem Solothurnischen Rat, der in der Hauptstadt tagte, und den von ihm eingesetzten Vögten wiederholt zu Auseinandersetzungen um die Vertreibung oder Duldung der niedergelassenen Juden kam. Zwar sind Quellen, welche die Reaktionen der Vögte wiedergeben, nicht überliefert. Die Ratsmanuale dokumentieren lediglich die Perspektive des Solothurnischen Rats; sie sprechen aber eine klare Sprache: Die Vögte von Gösgen, Dorneck, Falkenstein, Thierstein und Gilgenberg wurden von der Obrigkeit mehrmals ermahnt, die Wegweisung der Juden durchzusetzen.⁶⁵ Auch die Drohung, dass die Juden bei Zuwiderhandlung gegen die Weisungen des Rats an Leib und Leben bestraft würden und die Vögte selbst mit dem Verlust der obrigkeitlichen Huld zu rechnen hätten, blieb wirkungslos. Es scheint, als ob die Vögte in den eher peripheren Vogteien nach eigenem Gutdünken über Schutz und Schirm für Jüdinnen und Juden entschieden hätten. Das mag an der geografischen Lage der entsprechenden Vogteien gelegen haben.⁶⁶ Zudem konnten die solothurnischen Vögte darauf verweisen, dass die Erlasse der Obrigkeit in sich keineswegs konsistent waren. So gewährte der Rat in demselben Zeitraum, in welchem er von den Vögten wiederholt die Ausweisung aller Juden verlangte, in mindestens drei Fällen Niederlassungsrechte an einzelne Juden.⁶⁷ Augenfällig zeigen sich die widersprüchlichen Voten zu Duldung und Vertreibung im Jahr 1582: Unter Androhung von Konsequenzen wurden im Januar alle Vögte dazu aufgefordert, keine Juden mehr zu dulden. Im Gegensatz dazu gewährte der Solothurnische Rat dem Vogt zu Gösgen im November desselben Jahrs ausdrücklich das Recht, zwei Juden in seiner Vogtei wohnen zu lassen, solange er das Amt des Vogtes besetze.⁶⁸ Eine einheitliche Politik ist hier nicht zu erkennen.

Das Wechselspiel zwischen Weisungen zur Vertreibung durch den Rat, verweigerter Handlung durch die Landvögte, wiederholten Mahnungen und Zuwiderhandlungen setzte sich bis ins 18. Jahrhundert fort. Zuweilen wurden Vertreibungsbeschlüsse dabei im Kontext konfessionspolitischer Überlegungen gefällt. In den 1520er-Jahren schien es kurzzeitig, als ob Solothurn reformiert würde. Eine Mehrheit der Landgemeinden und immerhin ein Drittel der hauptstädtischen Bevölkerung trat für die Reformation ein. Die Obrigkeit stellte sich dagegen. Als die katholischen Stände im Zweiten Kappelerkrieg 1531 auf eidgenössischer Ebene den Sieg über die reformierten Stände errangen, änderten sich die Verhältnisse auch in Solothurn wieder. Die reformierte Predigt wurde verboten, ein Aufstand reformierter Bürger 1533 niedergeschlagen und die katholische Staatskirche mit diversen Mandaten zur religiösen Praxis gestärkt. Die Kirche konnte die Einhaltung religiöser Dogmen allerdings nur schwer einfordern, wenn Andersgläubige im öffentlichen Raum gegen ebendiese Dogmen verstossen konnten oder auch nur kolportiert wurde, dass Andersgläubige dagegen verstieszen. Entsprechend hart waren die Strafen: Ein nicht namentlich genannter Jude aus Metzleren, von dem gesagt wurde, dass er während der katholischen Fastenzeit Fleisch gegessen habe, wurde 1633 mit hundert Pfund Strafgeld gebüsst; eine Gruppe von Juden aus dem Elsass, die sich vorübergehend in solothurnischen Gebieten aufhielt und demselben Vorwurf ausgesetzt war, wurde gar des Landes verwiesen.⁶⁹

Gleichzeitig wuchsen die jüdischen Siedlungen stetig an. Ein Eintrag im Ratsmanual von 1637 beschreibt, dass sich in der Vogtei Dorneck eine grössere Zahl von Juden niedergelassen hatte, die den Schutz der lokalen Autoritäten genoss: In Dornach und Dornachbrugg entwickelten sich anscheinend grössere jüdische Siedlungen, wobei die dortigen Juden über eine Synagoge verfügt hätten.⁷⁰ Mit dem Errichten oder dem Umbau einer bestehenden Baute in ein religiöses Gebäude – über die Beschaffenheit der Synagoge erfahren wir aus den Quellen nichts Näheres – wird eine religiöse Gemeinschaft im öffentlichen Raum sichtbar; Sichtbarkeit wiederum kann dazu führen, dass eine religiöse Gemeinschaft zum Gegenstand von Debatten, Kontroversen oder Konflikten wird.⁷¹

Nach dem Bau der Synagoge wurde den Juden in Solothurn vorgeworfen, öffentlich für ihre «Secte» zu werben, wie es im Ratsmanual wörtlich heisst. Entsprechend wies der Solothurner Rat den

Vogt der Langvogtei Dorneck an, die «Hebreer» auszuweisen.⁷² Der Ratsbefehl wurde durch den Vogt allerdings – einmal mehr – ignoriert.

Daraufhin wurde die Synagoge zum gesamt-eidgenössischen Politikum. An der Konferenz der katholischen Eidgenössischen Orte, die einer Tagsatzung ohne Abgeordnete der reformierten Stände entsprach, wurden die solothurnischen Gesandten 1639 darauf hingewiesen, dass in der Vogtei Dorneck eine «gotteslästerliche» Synagoge unterhalten werde und dass die Juden ihren Gottesdienst dort ohne Scheu ausüben würden.⁷³ Dem sei Einhalt zu gebieten. In der Folge wiederholte der Solothurner Rat seine Weisung an den Dornecker Vogt mit «sonderem Ernst» und befahl, die Juden, welche im Ratsmanual nun als «Erbfeinde» beschrieben wurden, endlich auszuweisen – und ihre Besitztümer zu konfiszieren.

Auch diese Weisung scheint, zumindest vorerst, keine Folgen nach sich gezogen zu haben: Wiederholungen des Vertreibungsbeschlusses wie auch Niederlassungsbewilligungen weisen darauf hin, dass in der Vogtei Dorneck bis 1736 jüdische Siedlungen existierten. Die Tatsache, dass an der Konferenz der katholischen Orte über die Wegweisung von Juden aus dem Territorium eines souveränen und verbündeten Standes debattiert wurde, ist allerdings bemerkenswert.

Im Zeitalter des Konfessionalismus achteten das katholische wie das reformierte Lager, in ihrer jeweiligen Selbstwahrnehmung als Hüter des rechten Glaubens, darauf, die religiöse Deutungs-hoheit innerhalb ihrer Gebiete durchzusetzen und zu wahren. Anders als der Zürcher Rat war der Solothurnische Rat, so scheint es, nicht fähig oder nicht willens, in den ländlichen Gebieten eine religiöse und konfessionelle Uniformierung gegen den Widerstand der Landvögte durchzusetzen. Der Fall Solothurns zeigt auf, dass die Praxis von Duldung und Vertreibung jüdischer Bewohnerinnen und Bewohner von der Obrigkeit nicht unilinear erörtert, beschlossen und durchgesetzt werden konnte. Fanden die in der Landschaft siedelnden Jüdinnen und Juden in den Landvögten Unterstützung, wurde ihre Duldung zum Gegenstand eines Aushandlungsprozesses zwischen zentraler und peripherer Autorität.⁷⁴ Diese Aushandlungsprozesse waren grundsätzlich ergebnisoffen und konnten sich je nach Kräfteverhältnis unterschiedlich entwickeln; ein Umstand, der auch für die jüdischen Siedlungen in der nahen Grafschaft Baden von Bedeutung war.

Erst als sich die lokalen Eliten und die Priesterschaft gegen die jüdischen Siedlungen wandten,

wurde die Politik der Duldung durch die Landvögte beendet: 1736 wandten sich die Gemeindevorsteher von Dornach an den Dornecker Landvogt; sie klagten gegen die jüdischen Familien, anscheinend neun an der Zahl, die dort lebten.⁷⁵ Die Gemeindeoberen warfen ihnen Anleitung zum Diebstahl, Hehlerei und Wucher vor. Sie sollen sich in den Gemeinde- und Staatswäldern mit Brennholz versorgt und mittellose Christen dazu angestiftet haben, ihnen unrechtmässig Brennholz aus den Allmenden zu beschaffen. Zudem seien Trauben, Obst und Rüben gestohlen worden. Um den Umfang der Raubzüge zu illustrieren, schilderten die Gemeindeoberen, dass man in den jüdischen Haushaltungen zur Erntezeit mehr Obst und Trauben vorfinde als in den wohlhabendsten Bauernhäusern. Ein weiterer Vorwurf bezog sich auf Wuchergeschäfte; so wurden die Juden für die Verarmung der Landbevölkerung und Profitmacherei bei Vergantungen verantwortlich gemacht. Auch die Verbreitung von Viehkrankheiten wurde auf sie zurückgeführt; ihnen wurde vorgeworfen, dass sich sogenannte Viehpresten auffallend und vorwiegend bei Tieren zeigen würden, die durch Juden verkauft worden seien. Die lokalen Priester führten an, dass die Juden den katholischen Glauben verachteten. Die Priesterschaft monierte, dass die Juden während der christlichen Gottesdienstzeiten Handel trieben. Zudem falle es den Pfarrern schwer, ihr Kirchenvolk mit dem «hochwürdigsten Gut» in Haushaltungen zu besuchen, in welchen auch jüdische Familien wohnten. Der Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen lässt sich nicht prüfen. Sie entsprechen Diskursen, die sich über lange Zeiträume hinweg erhalten haben und in Situationen, in welchen Juden vertrieben werden sollten, als Anklagepunkte überregional vorgebracht wurden.⁷⁶

Sollten diese Anklagepunkte den Landvögten plausibel erscheinen, mussten sie aber so formuliert sein, dass sie mit den Erfahrungen und Lebenswelten vor Ort in Verbindung gebracht werden konnten. So machte etwa der Vorwurf, Juden hätten Tiere mit Viehpresten gehandelt, für jene, die den lokalen Kontext kannten, nur dann Sinn, wenn Juden tatsächlich mit Vieh handelten. Auch wenn man an der Redlichkeit der Anklage Zweifel erheben darf, erscheint die «Einbettung» der einzelnen Anklagepunkte doch über eine gewisse Plausibilität zu verfügen. Das hiesse dann immerhin, dass wir aus der Anklageschrift der Gemeindeoberen schliessen können, dass die Juden von Dornach mit Vieh handelten, an Vergantungen teilnahmen und dass es wohl Häuser gab, die von

Juden und Christen – ähnlich wie im Surbtal – gemeinsam bewohnt wurden.

Der Landvogt unterstützte die Eingabe der Gemeindeoberen und der Geistlichkeit. In seinem Bericht an den Solothurner Rat bat er die Obrigkeit, sie möge «dieses schändliche und überlästige Volk zu Nutz dieser armen Gemeind [...] vertilgen».⁷⁷ Anders als in vorherigen Fällen bestand hier eine geeinte Front zwischen dem Solothurnischen Rat, dem Vogt, den Gemeindeoberen und der Priesterschaft, die sich allesamt gegen eine weitere Duldung der jüdischen Siedlungen aussprachen.

Ohne Fürsprecher war das Schicksal der Jüdinnen und Juden besiegelt; sie wurden 1736 aus Solothurn vertrieben. Zwar wurden einzelnen Juden weiterhin Durchgangsrechte oder der Besuch von Märkten gewährt; bis zum Ende des Ancien Régime sind allerdings keine jüdischen Niederlassungen mehr verzeichnet. Zudem wurden in den folgenden Jahrzehnten regelmässig Verordnungen erlassen, die sich spezifisch gegen jüdische Handelsgeschäfte richteten, das Hausierwesen einschränkten oder Zinsverbote aussprachen.⁷⁸

Symbolpolitik im Zeitalter der Konfessionalisierung

Auch auf gesamteidgenössischer Ebene wurde rege über die Duldung jüdischer Niederlassungen diskutiert, wie die Abschiede der Eidgenössischen Tagsatzung dokumentieren. Dabei ging es in erster Linie um die Frage, wie mit den Juden in den Gemeinen Herrschaften – spezifisch im Rheintal, im Thurgau und in der Grafschaft Baden – umgegangen werden sollte. Auch Beschlüsse zur Ausweisung der Juden aus der Grafschaft Baden sind mehrmals dokumentiert. Dabei ist bemerkenswert, dass diese Beschlüsse nie umgesetzt wurden: Retrospektiv kann für die Grafschaft Baden eine anhaltende jüdische Siedlungskontinuität seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts festgestellt werden. Die Frage von Duldung und Vertreibung wurde dabei, analog zum Beispiel Solothurns, zum Gegenstand von Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Gremien gemacht. In Bezug auf die gemeinherrschaftlich verwalteten Gebiete betraf das die Obrigkeiten der unterschiedlichen Stände, ihre Abgeordneten an der Tagsatzung, die eidgenössischen Vögte, die Untervögte, die den lokalen Eliten entstammten, und die Gemeindeoberen.

Ein erstes Mal wurde 1622 gefordert, dass die in der Grafschaft Baden und anderswo in der Eid-

genossenschaft wohnenden Juden aus dem Land verwiesen werden sollten. Die entsprechende Notiz weist auf Vorwürfe von Wechselgeschäften hin, wobei die Juden stereotyp als listige Blutsauger beschrieben wurden.⁷⁹ Die Notiz lässt offen, welche Abgeordneten den Vorwurf eingebracht hatten. Die Räte der herrschenden Orte sind auf die Forderung offenbar nicht eingegangen.

Ab 1634 traten die Abgeordneten Zürichs dafür ein, dass sämtliche Juden aus der Grafschaft Baden verwiesen werden sollten. Das war eine direkte Folge des Tribunals gegen Samuel Eiron und des damit verbundenen Aufruhrs im Jahr 1633. Während Zürich in den Jahren zuvor – gemessen an den Massstäben der Zeit – keine allzu judenfeindliche Politik verfolgt hatte, wurde die Verbannung der Juden, die nun als «gottloses, nichtwertiges Gesind» bezeichnet wurden, zu einer Maxime der zürcherischen Politik.⁸⁰ Die Badener Juden wehrten sich dagegen und appellierten an den Zürcher Rat, indem sie argumentierten, der Rat solle sie nicht für die Taten eines «hingerichteten Bösswichts» bestrafen. Zürich lehnte das Begehren jedoch ab.⁸¹

Ein Entschluss der Tagsatzung, der aufzeigen würde, dass die Zürcher Politik der Verbannung von den anderen Abgeordneten gutgeheissen wurde und in den Gemeinen Herrschaften umgesetzt werden sollte, ist in den Eidgenössischen Abschieden nicht erhalten. Im Juli 1635 intervenierte Zürich jedoch beim eidgenössischen Landvogt mit dem Verweis auf eine an der Tagsatzung beschlossene Vertreibung. Dabei wollte der Zürcher Rat vom Landvogt wissen, weshalb er den Ausweisungsbeschluss nicht umgesetzt habe, weshalb er gar zwanzig neue jüdische Haushaltungen zugelassen habe und – den Vorwurf der Korruption insinuiierend – weshalb er von den Juden zwölf Reichstaler Schutzgeld anstelle der bisherigen sechs Reichstaler kassiert habe.⁸² Der eidgenössische Landvogt, der Luzerner Alphons Sonnenberg, verwies in seiner Antwort auf zwei Urteile im Urbar von Baden und meinte, es sei in der alleinigen Kompetenz des Landvogts, den Juden in der Grafschaft Baden das Geleit zu erteilen – oder zu verwehren.⁸³ Gegen Wucher und Getreidespekulation habe er bereits Massnahmen ergriffen. Weitere Schritte seien nicht nötig. Die Mehrheit der herrschenden Orte folgte dieser Argumentation. Das Recht, Schutz- und Schirmbriefe zu erteilen, blieb vorerst beim Landvogt. Eine Notiz über die Erhöhung des Schutzgeldes findet sich in den Abschieden nicht. Sechs Jahre später, 1641, wandten sich die Räte der Stadt Baden an die Tagsatzung.

Sie verwiesen darauf, dass die Zahl der Juden in den letzten Jahren stark angewachsen sei, und baten darum, diese aus der Grafschaft zu vertreiben. Die Mehrheit der Abgeordneten hielt allerdings an den Bestimmungen des Badener Urbars fest: Es läge am Landvogt alleine, das Geleit «jeder mann und speciell den Juden auch in der Stadt Baden zu geben».⁸⁴ Zudem wies die Tagsatzung darauf hin, dass die Orte und Stände souverän seien, innerhalb ihrer Territorien zu bestimmen, wie sie gegenüber den Juden verfahren wollten. Das Ansinnen der Zürcher, die Juden aus der gesamten Eidgenossenschaft zu verbannen, wurde von der Mehrheit der Abgeordneten also abgelehnt. Gleichzeitig weist der Absatz in den Abschieden allerdings darauf hin, dass etliche Gesandte den Befehl gehabt hätten, auf eine Vertreibung der Juden hinzuwirken. Es bietet sich an, diese Nachricht gegenüber dem Badener Rat sowohl ökonomisch wie auch konfessionspolitisch motiviert zu lesen. Das Ausstellen von Schutz- und Schirmbriefen beziehungsweise der Einzug von Schutzgeldern war für die Landvögte ein lukratives Geschäft. Die Stände, welche die Landvögte stellten, wollten darauf nicht verzichten. Zürich bildete offensichtlich eine Ausnahme. Die Zürcher Obrigkeit stellte seine Forderung, die «gottlosen» Juden zu vertreiben, seit dem Prozess um Samuel Eiron in einen religionspolitischen und heilsgeschichtlichen Kontext – und präsentierte den Stand Zürich als Hüter des wahren christlichen Glaubens. So kam es 1641 zu der bemerkenswerten Konstellation, dass die Abgeordneten aus dem reformierten Zürich jene waren, die das Anliegen der lokalen Würdenträger vehement unterstützten, während die katholischen Abgeordneten, welche in religionspolitischen Fragen ansonsten die Interessen der ebenfalls katholischen Badener vertraten, auf die Bestimmungen des Urbars verwiesen.

Die Politik der Stände war indes volatil. Ein Jahr später, 1642, stellten die Gesandten der katholischen Orte den Antrag, dass den Landvögten sämtlicher Vogteien der Befehl gegeben werden sollte, vehementer gegen «Heiden und Zigeuner» vorzugehen. Die Luzerner Gesandten beantragten, dass dieser Beschluss auf die Juden ausgedehnt werden sollte. Das wurde aber von der Mehrheit der Abgeordneten zurückgewiesen, mit der Begründung, die Landvögte hätten ihnen bereits ihre Geleite erteilt.⁸⁵ Drei Jahre später, 1645, beschloss die Tagsatzung, dass alle in den Vogteien lebenden Jüdinnen und Juden die eidgenössischen Gebiete bis im September 1646 verlassen sollten – festgelegt auf acht Tage nach

Ende der Zurzacher Messe. Dagegen protestierte nun der eidgenössische Landvogt der Grafschaft Baden, der reformierte Glarner Johann Heinrich Elsener. Er verwies darauf, dass er persönlich den Juden für die zwei Jahre seiner Regierung Schutz und Schirm zugesprochen habe. Er habe dieses «nach altem Brauch mit Brief und Siegel bestätigt».⁸⁶ Während seiner Amtszeit sei deshalb von einer Vertreibung abzusehen. Die Abgeordneten liessen sich – mit Ausnahme der Gesandten von Zürich und Luzern – durch das Votum des Landvogts umstimmen. Ein Jahr später, immer noch während der Amtszeit Elseners, nahmen die katholischen Stände erneut einen Anlauf und bildeten eine gemeinsame Front gegen die jüdischen Niederlassungen. Sie forderten erneut eine Vertreibung, die durchgeführt werden müsse, bevor der Stand Bern im Juni 1647 an der Reihe sei, den Landvogt zu stellen. Argumentiert wurde damit, dass man sich nicht darauf verlassen könne, dass ein Berner die Vertreibung auch wirklich durchführen würde.⁸⁷ Das Ansuchen wurde wiederholt vorgebracht, aber nicht umgesetzt – obwohl die katholischen Stände die Mehrheit an der Tagsatzung bildeten.⁸⁸ Offenbar gewichteten sie die Zusage an Landvogt Elsener, dass es während seiner Amtszeit zu keiner Vertreibung komme, höher als eine Fraktionsdisziplin innerhalb des katholischen Lagers. Gleichzeitig liessen es sich die katholischen Stände nicht nehmen, darauf zu pochen, dass die Juden zu vertreiben seien, solange die Reformierten den Landvogt stellten. In den Jahren, in welchen der Landvogt aus einem katholischen Stand stammte, forderten die katholischen Delegierten hingegen nie die Ausweisung der niedergelassenen Juden. Nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen wollte kein Landvogt auf sein Recht verzichten, das Geleit zu erteilen. Im Sinne eines symbolpolitischen Handelns inszenierten sich das reformierte Zürich und die fünf katholischen Stände aber gerne als jene Partei, welche wiederholt die Ausweisung der Juden forderte – gesetzt den Fall, der jeweilige Landvogt gehörte nicht dem eigenen konfessionellen Lager an. In der Repräsentationslogik des christlichen Konfessionalismus vermochten sich die katholischen Räte gegenüber den reformierten Räten und umgekehrt die reformierten Räte gegenüber den katholischen Räten als jeweils «bessere» Christen in Szene zu setzen, indem sie eine Vertreibung der Juden forderten. Das andere Lager, welches darauf verzichtete, die Forderung umzusetzen, wurde, mit David Nirenberg gesprochen, gewissermassen «judaisiert».⁸⁹

Das katholische Lager sollte in Bezug auf die Berner Politik recht behalten: Die Abgeordneten Berns votierten geschlossen dafür, dass die Juden nicht unter einem Berner Landvogt ausgewiesen würden. Sie erinnerten an die Diskussion aus dem Jahr 1641 und beantragten, dass mit einer Ausweisung zugewartet werden solle, bis Zürich wieder den Landvogt stelle. Immerhin seien es die Zürcher gewesen, die eine Vertreibung gefordert hätten – und weiterhin versicherten, diese unter der Verwaltung eines zürcherischen Landvogts auch umzusetzen. Allerdings forderten die Zürcher von den anderen Eidgenossen eine Absicherung, in welcher «die übrigen regierenden Orte schriftlich reversieren, dass es dann dabei verbleiben und die Juden nicht gleich nachher von den Landvögten anderer Orten angenommen werden».⁹⁰

Ein Regest vom 10. Juni 1647 zeigt auf, wie die Zürcher Gesandten durch den Zürcher Rat instruiert wurden und welche Überlegungen diesen Instruktionen zugrunde lagen. Darin wurde explizit der Verdacht geäussert, die katholischen Orte würden eine Vertreibung der Juden unter einem reformierten Landvogt fordern, um zu verhindern, dass dieser von den finanziellen Abgaben der sogenannten Schutzjuden profitieren könnte.⁹¹

Die Forderung der Zürcher zeigt, dass die Zürcher in Bezug auf die jüdischen Niederlassungen in der Grafschaft Baden 1647 nicht mehr auf eine Politik der radikalen Vertreibung setzten, sondern, wie die anderen Stände auch, mit Kosten und Nutzen rechneten, sobald sie den Landvogt stellten. Da sich kein Stand zu einer schriftlichen Erklärung bereit erklärte, verzichteten die Zürcher in den Jahren 1648 und 1649, in welchen sie den Landvogt der Grafschaft Baden stellten, ebenfalls darauf, die Juden zu vertreiben.⁹²

Das Prozedere von geforderter Vertreibung, Aufschieben und Nichteintreten wiederholte sich; wobei sich die jeweiligen Konstellationen durchaus unterschieden. Hervorzuheben ist die sogenannte Reform von 1653 – die «durchgehende Reformation über die gemeynen teutschen Vogteyen». In ihr wurde beschlossen, dass in den Gemeinen Herrschaften künftig keine jüdischen Niederlassungen und Siedlungen mehr geduldet werden sollten. Einerseits wurde ein Aufnahme-stopp verhängt, andererseits wurde darauf gedrängt, jene Juden, die in den Vogteien wohnten, dazu anzuhalten, die eidgenössischen Territorien zu verlassen.⁹³ Diese Bestimmung wurde offenbar nicht umgesetzt. Im Gegenteil, fünf Jahre später wurden die Rechte der jüdischen Bevölkerung in der Grafschaft Baden ausdrücklich geschützt. Als

die Vorsteher der christlichen Gemeinde Lengnau im Juli 1658 an die herrschenden Acht Orte gelangten und darum baten, dass in ihrem Dorf keine weiteren Juden mehr zugelassen würden, erklärten die Abgesandten, dass den Juden das Niederlassungsrecht in der gesamten Grafschaft Baden gewährt worden sei. Zudem machten die Abgeordneten der Tagsatzung deutlich, dass die Gemeinden in dieser Angelegenheit über keine Mitspracherechte verfügten: «Wenn ein Judt in einem Dorff oder flecken Herberg finden möge, die Inwohner nit sollen verhindern mögen.»⁹⁴

Über eine generelle Vertreibung der Juden aus der Eidgenossenschaft wurde 1658 zwar durchaus diskutiert, sogar explizit mit Verweis auf den fünf Jahre zuvor gefällten Beschluss in der Reform von 1653; eine Mehrheit der Delegierten votierte jedoch dafür, vorerst auf eine Vertreibung der Juden zu verzichten und erneut abzuwarten, bis Zürich wieder den Landvogt stellte.⁹⁵ Als dies sieben Jahre später der Fall war, verzichtete allerdings auch dieser darauf, eine Vertreibung umzusetzen. Das Muster des vorherigen Umgangs wiederholte sich also.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde noch einmal ein Anlauf unternommen, die Vertreibung der Juden durchzusetzen. In den Abschieden ist eine Sequenz aus den gesonderten Verhandlungen der katholischen Orte aus dem Jahr 1695 überliefert, in welcher Kritik an der Verwaltung der Gemeinen Herrschaften geübt wurde. Dabei wurde von den Obrigkeiten gefordert, dass sie sich vehementer für die Interessen ihrer Untertanen einzusetzen hätten. Zum Wohl der christlichen Untertanen müssten die Juden aus den Gemeinen Herrschaften vertrieben werden. Anders als in anderen Fällen ist die Sequenz in eine umfangreichere Erörterung eingebettet, welche die anti-jüdischen Diskurse der Zeit in harschen Worten widerspiegelt.⁹⁶ Wie bereits in vergangenen Umgängen wurde auch in diesem Votum beantragt, mit einer Vertreibung der Jüdinnen und Juden zu warten, bis der Landvogt wieder von Zürich gestellt werde.

Schutz und Schirm

Einmal mehr stand die symbolpolitische Rede an der Tagsatzung im Widerspruch zur realpolitischen Handlung vor Ort: Anstelle einer Vertreibung wurde im folgenden Jahr erstmalig und mit nachhaltiger Wirkung eine umfassendere Form der Duldung eingeführt. Am 1. Juli 1696 gewährten die Obrigkeiten den Badener Juden einen für



Vertreter der Juden in Baden. Stich von Johann Rudolf Holzhalb aus Johann Caspar Ulrichs «Sammlung jüdischer Geschichten» von 1768. Die allegorische Frauenfigur soll die Grafschaft Baden versinnbildlichen, die zu diesem Zeitpunkt als Untertanengebiet von Bern, Zürich und Glarus verwaltet wurde – wie die Wappen oberhalb des Throns anzeigen. Thron, Zepter und Fascis (Beil mit Rutenbündel) sind als Insignien der Herrschaft zu lesen. Hinter den jüdischen Bittstellern befindet sich eine Tora-Rolle, die mit Meil (Tora-Mantel) und Rimomim (Tora-Krönchen) geschmückt ist. Das Gebäude im Hintergrund soll die alte Synagoge von Lengnau darstellen.

16 Jahre geltenden Schirmbrief mit umfangreichen Rechten. Diese Zusicherung erfolgte, wie in den Eidgenössischen Abschieden hervorgehoben wurde, weil keine Klagen gegen die Juden vorgebracht worden seien.⁹⁷ Die antijüdische Polemik, die ein Jahr zuvor an den Verhandlungen der katholischen Orte geführt worden war, fand anscheinend keinen Widerhall mehr.

Mit dem Ausstellen des Schutz- und Schirmbriefs von 1696 wurden zwei Neuerungen eingeführt: Die Vertreter der herrschenden Orte beschnitten die Befugnis der Landvögte, Schutz- und Schirmbriefe eigenhändig auszustellen, und nahmen diese für sich selbst in Anspruch. Gleichzeitig genossen die Jüdinnen und Juden einen längerfristig zugesicherten Schutzstatus. Zwar waren sie der Willkür der Obrigkeit nach wie vor ausgesetzt und lebten weiterhin in einem Zustand der Unsicherheit hinsichtlich der Verlängerung – und der tatsächlichen Einhaltung – ihres Schutzstatus. Immerhin versprach die Zusicherung einer Duldung von 16 Jahren planerisch eine gewisse, wenn gleich beschränkte Perspektive.

Der Zyklus von 16 Jahren leitet sich aus der Verwaltungspraxis der Gemeinen Herrschaft ab: Die herrschenden Acht Orte stellten jeweils für zwei Jahre einen Landvogt. 16 Jahre entsprachen dem sogenannten Umgang, in welchem jeder Ort einmal den Landvogt stellte. Die Schutz- und Schirmbriefe sind durch Einträge in den Eidgenössischen Abschieden dokumentiert und im Fall des Schutz- und Schirmbriefs von 1776 auch als Original erhalten.⁹⁸ Diese Briefe definierten Recht und Pflichten der jüdischen Bevölkerung. Sie gaben vor, dass die jüdische Bevölkerung nicht mehr weiterwachsen solle, und legten eine Höchstzahl an jüdischen Haushaltungen fest. Sie gewährten freien Handel in den Vogteien Baden und Freiamt. Sie untersagten den Besitz von Land und Immobilien – und schrieben vor, wie mit baufälligen Häusern, Scheunen und Ställen, die im Falle einer Vergantung von Juden erworben wurden, umzugehen sei. Gleichzeitig mahnten sie die christlichen Gemeindebehörden, dass sie kein Recht hätten zu verhindern, wenn Christen ihre Wohnungen an Juden vermieten wollten. Wobei Juden und Christen nach den Bestimmungen der Schutzbriefe nicht unter einem Dach wohnen sollten.

Diese Bestimmungen wurden verschiedentlich als Quelle herbeigezogen, um den sozialen Alltag im Surbtal zu rekonstruieren.⁹⁹ So wurde die Regel, dass Juden und Christen nicht unter einem gemeinsamen Dach wohnen durften, zum Anlass genommen, das architektonische Phäno-

men der Doppeltüren in Lengnau und Endingen zu erklären: Selbst wenn Juden und Christen unter einem Dach wohnten, hätten zwei Eingänge in unterschiedliche Wohnungen doch eine Trennung verdeutlicht. In dieser Lesart liessen sich die Doppeltüren als Zeichen der Segregation interpretieren. Alexandra Binnenkade hinterfragte indes diese Deutung und interpretierte die Doppeltüren vielmehr als Symbole des Kontakts und die geteilten Häuser als eigentliche Kontaktzonen des jüdisch-christlichen Zusammenlebens.¹⁰⁰ Allerdings zeigte sie aufgrund ökonomischer Erhebungen aus dem Jahr 1779 auf, dass Juden und Christen in Lengnau im 18. Jahrhundert wohl nicht in gemeinsamen Häusern lebten; empirische Hinweise für eine Kohabitation fand sie erst in einer Volkszählungsliste aus dem Jahr 1850.¹⁰¹ Grossmehrheitlich seien Häuser mit Doppeltüren von mehreren christlichen oder mehreren jüdischen Parteien bewohnt worden, nicht aber gleichzeitig von jüdischen und christlichen Bewohnern. Nur in sieben von insgesamt 184 Häusern in Lengnau wohnten 1850 Juden und Christen tatsächlich in einem Haus zusammen. Somit, meinte Binnenkade, liessen sich die Häuser mit den Doppeltüren nicht als Spezifikum jüdisch-christlicher Nachbarschaft interpretieren. Hausteilungen seien ein in den Kantonen Aargau und Zürich weit verbreitetes Phänomen bäuerlicher Wohnweise gewesen – und verwiesen in erster Linie auf prekäre wirtschaftliche Verhältnisse.¹⁰² Anders sei die Situation in Endingen gewesen: Hier verwies die Erhebung von 1779 darauf, dass in einem Viertel aller Häuser sowohl jüdische als auch christliche Hausbewohnerinnen und Hausbewohner lebten.

Während die Erklärung der Existenz von Doppeltüren als einer Umgehung der schutzbrieflichen Bestimmungen hinterfragt werden kann, weist die Erhebung von 1779 allerdings darauf hin, dass das Verbot eines Zusammenlebens unter gemeinsamem Dach – zumindest im Fall von Endingen – wohl tatsächlich umgangen wurde. Auch das Verbot des Besitzes eigener Häuser scheint nicht rigoros durchgesetzt worden zu sein. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg verweisen auf Quellen, die dokumentieren, dass die Herrschaft zu unterschiedlichen Zeitpunkten den Besitz oder gar den Bau eigener Häuser explizit zulies.¹⁰³ Definitiv nicht eingehalten wurden die Bestimmungen zur Zuwanderungsbegrenzung. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache.

Die jüdischen Gemeinden des Surbtals wuchsen kontinuierlich. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg dokumentierten in Bezug auf

das Wachstum der jüdischen Siedlungen in der Grafschaft Baden und spezifisch in den beiden Dörfern Lengnau und Endingen die folgende Entwicklung: 1634 wurden für die gesamte Grafschaft Baden 20 jüdische Haushalte angegeben. 1702 zählten Endingen und Lengnau alleine 35 jüdische Haushalte. 1761 lebten in den beiden Dörfern 94 jüdische Familien mit insgesamt 365 Personen. 1774 waren es 108 Familien mit 553 Personen. 1809 ergab eine Zählung insgesamt 240 Haushaltungen mit 1034 Personen, davon 129 Haushalte mit 583 Personen in Endingen und 111 Haushalte mit 451 Personen in Lengnau.

Die aufgeführten Beispiele zum Zusammenleben unter gemeinsamem Dach, zum Häuserbesitz durch Juden und zum Bevölkerungswachstum zeigen deutlich, dass sich die Bestimmungen der Schutz- und Schirmbriefe kaum für die Rekonstruktion sozialer Wirklichkeit eignen. Die Obrigkeiten liessen zu, dass die darin enthaltenen Bestimmungen umgangen wurden; dennoch wiederholten sie diese in den weiteren Schutzbriefen. Es bietet sich daher an, die Schutz- und Schirmbriefe – analog zur symbolpolitischen Interpretation der Diskurse um Duldung und Vertreibung – als Form eines symbolischen Rechts zu lesen. In einer solchen Lesart stünden die Briefe nicht für soziale Realität, sondern für Verhandlungen von informellen Gewohnheiten wie formalen Normen im Umgang mit Juden innerhalb der Obrigkeiten und gegenüber den nichtjüdischen Untertanen.

Dennoch gilt festzuhalten: Die Juden verfügten über keine Gewissheit darüber, ob die Schutz- und Schirmbriefe, die ihnen gewährt wurden, nach 16 Jahren verlängert würden. Zudem mussten sie – unabhängig von dem zugesicherten Schutz – stets mit einer Vertreibung rechnen, sollten die herrschenden Orte ihre Politik der Duldung generell revidieren. Das Gewähren von Schutz und Schirm war innerhalb der herrschenden Orte – wie wir gesehen haben – nicht unumstritten. Auch wenn im Nachhinein von einer längerfristigen Heimat der Jüdinnen und Juden im Surbtal gesprochen werden kann, boten ihnen die Eidgenössischen Orte keinen sicheren Planungshorizont. Das Damoklesschwert der Ausweisung schwebte beständig über ihnen.¹⁰⁴

Reformierte Herrschaft, katholische Untertanen und Schutzjuden

Im Jahr 1712, als der Schutz- und Schirmbrief von 1696 auslief, rüsteten sich das reformierte und das

katholische Lager zum Krieg. Im Zweiten Villmergerkrieg, dem letzten der frühneuzeitlichen Konfessionskriege, besiegten die Truppen der reformierten Stände das Heer des katholischen Lagers. Die Reformierten sicherten sich ihre Macht, zerstörten die Festung Stein auf dem Badener Schlossberg und schlossen die katholischen Orte von der Verwaltung der Gemeinen Herrschaft aus. Nach dem Krieg regierten die siegreichen drei reformierten Orte Zürich, Bern und Basel die Grafschaft Baden zu dritt.

Auf die Duldung der Jüdinnen und Juden hatte dieser Regimewechsel keinen Einfluss. Die drei herrschenden Orte stellten den Juden der Grafschaft Baden am 5. September 1712 einen Schutz- und Schirmbrief aus, der wiederum für die Dauer von 16 Jahren galt. Zwar halten die Akten fest, dass dabei zum wiederholten Mal die Hoffnung geäußert wurde, dass die Juden von sich aus die eidgenössischen Territorien verlassen würden; an der Politik der Duldung änderte diese Formulierung allerdings nichts. Unter der Herrschaft der drei reformierten Orte wurden keine grundsätzlichen Debatten über eine Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus der Grafschaft Baden mehr geführt. Selbst Zürich verzichtete in der Folge auf entsprechende Eingaben. Die im Schutzbrief enthaltene Bestimmung, dass sich kein «frömbder Jude» in der Grafschaft niederlassen dürfe, konnte man gar dahingehend lesen, dass die Juden der Grafschaft Baden von den herrschenden Orten – zumindest in der semantischen Abgrenzung zu den *fremden Juden* – allmählich als *eigene Juden* erachtet wurden.¹⁰⁵

An der Dauer eines Umgangs und entsprechend an der Gültigkeitsdauer der Schutz- und Schirmbriefe von 16 Jahren wurde festgehalten, auch wenn der Umgang nach 1712 nur noch von drei Landvögten aus Zürich, Bern und der reformierten Fraktion von Glarus bestritten wurde. Während die Schutzbriefe von 1712, 1728, 1744 und 1760 dieselben Bestimmungen wiedergaben, wurde mit demjenigen von 1776 ein Siedlungsrays eingeführt. Hierbei wurde die Siedlungserlaubnis für Jüdinnen und Juden nun auf die beiden Ortschaften Lengnau und Endingen eingeschränkt.

Die veränderten Herrschaftsverhältnisse und der Ausschluss der Katholiken von der Verwaltung der Grafschaft Baden führten zu einer bemerkenswerten religions- und konfessionspolitischen Konstellation mit Schutzjuden, katholischen Untertanen und reformierter Herrschaft. Mit wenigen Ausnahmen waren die Untertanen der Grafschaft

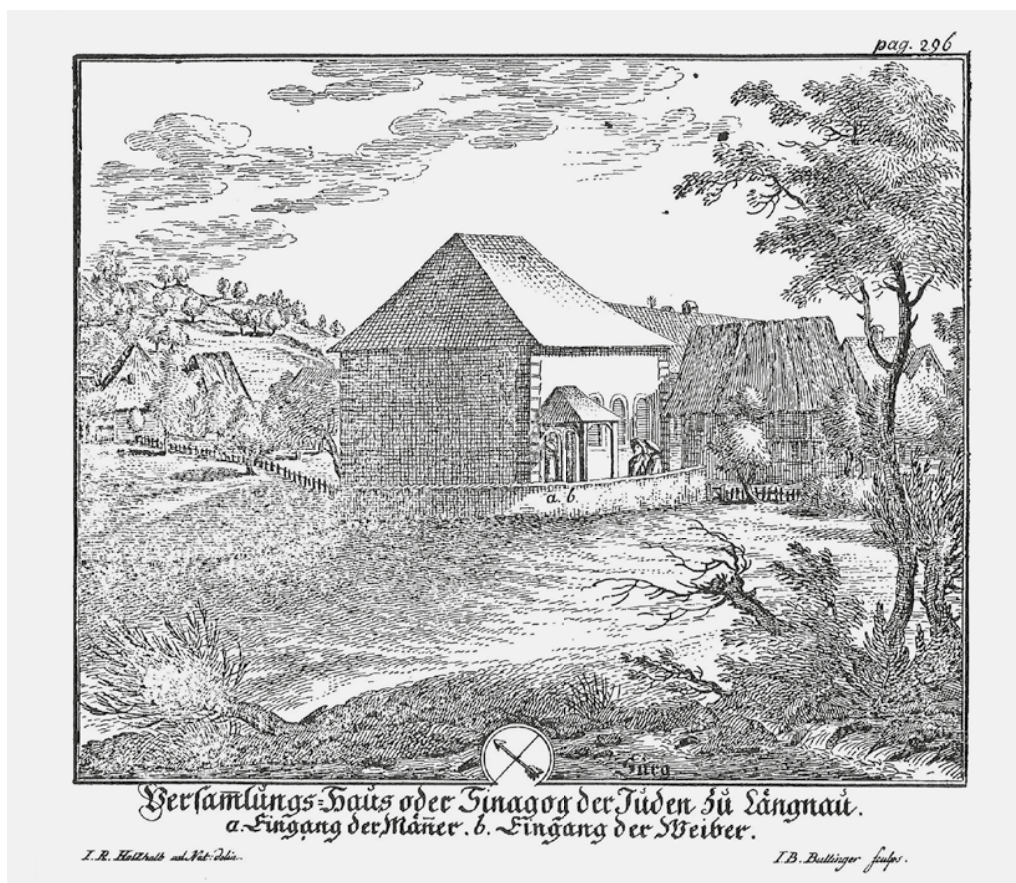
Baden katholisch. Mehrheitlich waren jene Orte, die sich in den 1520er-Jahren zur Reformation bekannten, im Verlauf des 16. und des 17. Jahrhunderts, unter der Vorherrschaft der katholischen Orte, wieder zu katholischen Gemeinden geworden. Unter reformierter Herrschaft wurden jüdische Niederlassungen in der Grafschaft Baden, zumindest quantitativ, zunehmend freigiebiger zugelassen. So sind die jüdischen Gemeinden in Endingen und Lengnau von 35 Haushalten im Jahr 1702 auf 94 jüdische Familien im Jahr 1761 und 180 Familien im Jahr 1774 merklich angewachsen.¹⁰⁶ In ihren eigenen Territorien tolerierten Bern, Zürich und Glarus allerdings keine jüdischen Niederlassungen. In Zürich wurde den Juden, mit wenigen Ausnahmen, selbst das Geleit – die Erlaubnis, durch Zürcher Territorien zu reisen – verwehrt. Das stand in einem krassen Gegensatz zu den Verhältnissen in den Untertanengebieten – und sorgte für Konfliktpotenzial mit den lokalen Eliten.

In den Jahren 1756, 1770 und 1776 wandten sich die Untervögte der Grafschaft Baden wiederholt an die Obrigkeiten mit der Bitte, sie möchten die Juden nun endlich vertreiben. Demgegenüber nahmen die regierenden Orte die Juden in Schutz und verwiesen darauf, dass die Juden für die wirtschaftliche Prosperität der Region von hohem Nutzen seien. Insbesondere die verarmten und verschuldeten Bauern, denen ausser den jüdischen Geldleihern niemand mehr Kapital zur Verfügung stellte, würden von der Existenz der jüdischen Siedlungen profitieren.¹⁰⁷

Die Debatten zwischen den regierenden Orten verliefen nach 1712, ähnlich wie zuvor die Auseinandersetzungen innerhalb der konfessionell gespaltenen Herrschaft der alten Acht Orte, entlang konfessioneller Bruchlinien. Der Widerstand der katholischen Untertanen und der lokalen Eliten gegen die reformierte Herrschaft richtete sich in dieser Konstellation mitunter gegen die Schutzjuden, die als Protegierte der reformierten Herrschaft symbolisch für ebendiese Herrschaft erhalten mussten.

Attraktivität der jüdischen Gemeinden von Lengnau und Endingen

Das starke Wachstum der beiden jüdischen Gemeinden im Surbtal mag unterschiedliche Gründe haben. Augusta Weldler-Steinberg und Florence Guggenheim-Grünberg, die beiden pionierhaften Historikerinnen zur jüdischen Geschichte der Schweiz, führten es unter anderem auf die zu-



Die Synagoge von Lengnau. Stich von Johann Rudolf Holzhalb aus Johann Caspar Ulrichs «Sammlung jüdischer Geschichten» von 1768. Die Darstellung steht in der Tradition der Landschaftsveduten. Die Synagoge – oder das, was Holzhalb als Synagoge bezeichnete – wird von einem

fiktiven Standort inszeniert. Die Bildlegende erklärt, dass die Synagoge über zwei getrennte Eingänge für Frauen («Weiber») und Männer verfügte. Im Vordergrund ist die Surb zu sehen (hier wohl irrtümlicherweise als «Surg» beschrieben).

vor besprochene Reform von 1653 zurück. Dabei schrieben sie, dass die «durchgehende Reformation über die gemeynen teutschen Vogteyen» ein «Verbot jüdischer Niederlassung für alle Vogteien [...] mit Ausnahme der Grafschaft Baden» ausgesprochen hätte.¹⁰⁸ Daran anschliessend erklärten sie, dass die Duldung der jüdischen Gemeinden im Thurgau und im Rheintal in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu einem Ende gekommen sei – während die jüdischen Gemeinden in der Grafschaft Baden ab diesem Zeitpunkt erst florierten.¹⁰⁹ Die Zitierung ist allerdings ungenau. Die Textstelle in den Eidgenössischen Abschieden, auf welche sie verweisen, lautet: «Wo in den Vogteien noch keine Juden sind, soll künfftig den-

selben auch nicht gestattet werden, sich niederzulassen; wo schon Juden sind, sollen doch keine neuen Juden aufgenommen werden, vielmehr soll drauf gesehen werden, dass die vorhandenen nach Deutschland zurückkehren.»¹¹⁰ Der Beschluss handelte also nicht davon, dass die Obrigkeiten versuchten, die jüdischen Siedlungen innerhalb der Eidgenossenschaft auf die Grafschaft Baden zu beschränken und damit einen Siedlungsraysen für Jüdinnen und Juden zu bilden, sondern davon, in den Untertanengebieten generell keine Juden mehr aufzunehmen und jene Juden, die sich noch in den Untertanengebieten befanden, dazu zu veranlassen, die Eidgenossenschaft zu verlassen. Von einer Ausnahmeregelung, welche für die Graf-

schaft Baden gelten sollte, ist an der zitierten Stelle keine Rede.

Die Beobachtung, dass es bis zum Ende des 17. Jahrhunderts keine jüdischen Siedlungen im Rheintal und im Thurgau mehr gegeben habe, scheint aber durchaus zuzutreffen.¹¹¹ Auch hat eine Konzentration der jüdischen Siedlungen im Gebiet der Grafschaft Baden empirisch offensichtlich stattgefunden. Ob diese Konzentration aus eigenem Antrieb erfolgte oder ob sie die Folge einer von den Obrigkeiten gelenkten Politik der Umsiedlung war, ist aufgrund der Quellen indes schwierig zu beurteilen. Ein eigentlicher Siedlungsrayon wurde erst mit dem Schutzbrief von 1776 definiert. Das Leben im Surbtal hatte für Jüdinnen und Juden durchaus Vorzüge. Ökonomisch attraktiv war die Nähe zu Zurzach mit seinen Messen und dem Rhein. Der Flecken Zurzach lag zu den jüdischen Häusern in Endingen in einer Distanz von sieben Kilometern, zu denen in Lengnau zehn Kilometer entfernt.¹¹² An den Rhein, eine der Hauptverkehrsachsen des frühneuzeitlichen Handels, gelangten die jüdischen Händler ebenfalls in Zurzach oder in Rekingen, das in rund sieben Kilometern Entfernung über einen Hügelzug erreichbar war. Kulturelle, wirtschaftliche, soziale und verwandtschaftliche Verbindungen vom Vorarlberg über den süddeutschen Raum und das Elsass den Rhein hinab zeugen von der überregionalen Vernetzung der Surbtaler Jüdinnen und Juden. Attraktiv waren die beiden Surbtaler Dörfer zudem aufgrund der religiösen Infrastruktur und der Organisationsstruktur der beiden Gemeinden.

Bereits im 17. Jahrhundert verpachtete die Stadt Waldshut den Jüdinnen und Juden der Grafschaft Baden eine im Rhein gelegene Insel, die sogenannte Judenäule, als Begräbnisplatz. Ein Pachtvertrag aus dem Jahr 1689, den Mahram Guggenheim aus Lengnau und Simon Moos aus Klingnau stellvertretend für die jüdischen Familien in der Grafschaft Baden unterzeichneten, dokumentiert das Arrangement.¹¹³ 1750 erhielten die jüdischen Gemeinden von der Eidgenössischen Tagsatzung die Erlaubnis, zwischen Endingen und Lengnau einen neuen Friedhof anzulegen, der bis heute genutzt wird. 1750 wurde in Lengnau eine Synagoge errichtet, 1764 eine in Endingen.¹¹⁴

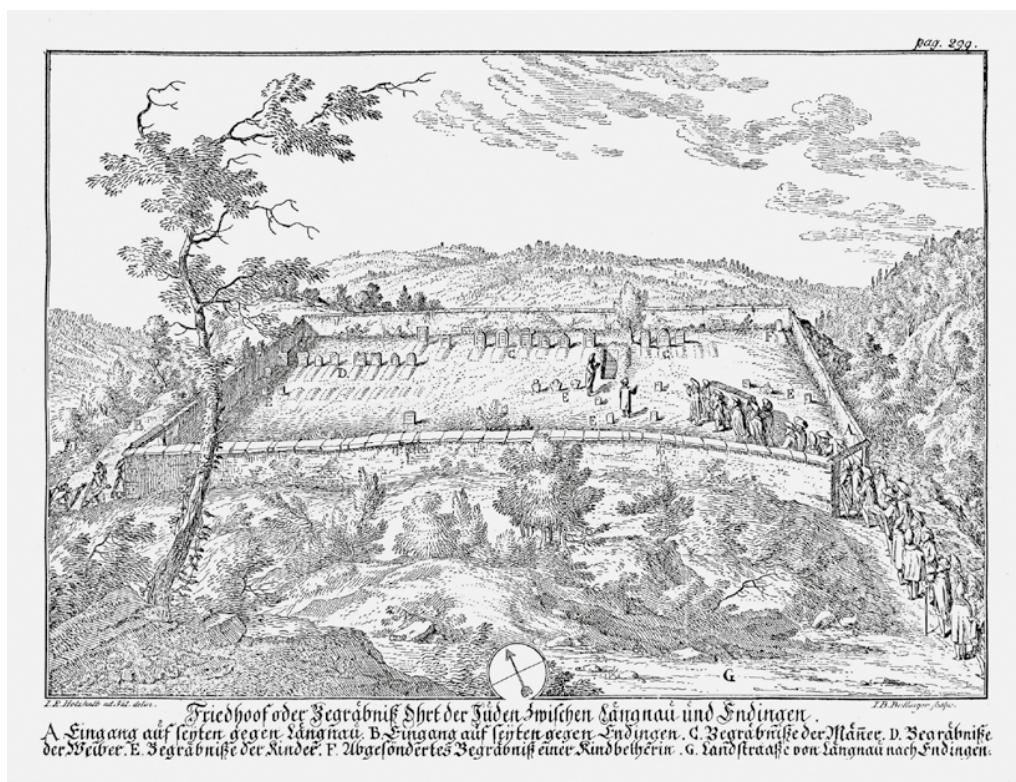
Anders als für die anderen jüdischen Siedlungen und Niederlassungen ist die Quellenlage in Bezug auf Endingen und Lengnau verhältnismässig dicht – und die jüdischen Gemeinden verfügen über eigene Archive. Die Aufzeichnungen

des ältesten Protokollbuchs, das von jüdischer Seite überliefert ist, beginnen allerdings erst im Jahr 1804. Dabei handelt es sich um ein Pinkas der jüdischen Gemeinde von Endingen.¹¹⁵ Neben der Protokollierung laufender Geschäfte vermittelt es einen Eindruck über die Organisationsstruktur der Gemeinde und seiner Institutionen.

Die beiden Gemeinden wurden durch eine Gemeindeversammlung organisiert, an welcher jeweils die Gemeindevorsteher, die Parnassim, deren Beisitzer, die Towim, und der weitere Gemeindevorstand gewählt wurden. Einer der Towim wurde zudem zum Kassier der Gemeinde, dem Kozin, ernannt. Da die jüdischen Gemeinden von der christlichen Armenfürsorge ausgeschlossen waren, bildeten sie eigene Solidargemeinschaften und Formen der Wohltätigkeit aus. Für Arme und Kranke unterhielten die jüdischen Gemeinden eine eigene Fürsorgeeinrichtung, den Hekdesch. Die Unterbringung und Versorgung auswärtiger Jüdinnen und Juden, die armengemässigt waren, wurde durch die Vergabe von Pletten an die Gemeindemitglieder organisiert.

Das System der Pletten entsprach – wie auch die Einteilung der Ämter – weitgehend den Verhältnissen der aschkenasischen Gemeinden im Alten Reich. Pletten – eine Art Billett oder Berechtigungsschein – wurden durch den Gemeindevorstand ausgegeben. Sie enthielten in der Regel den Namen eines Gemeindemitglieds, das für die Unterbringung und Verpflegung der durchreisenden Glaubensgenossen aufkommen musste. Die Armenfürsorge wurde dadurch solidarisch auf die Gemeindemitglieder übertragen, wobei detaillierte Bestimmungen regelten, wer wie viele Pletten zu übernehmen hatte.¹¹⁶ Auch jüdische Reisende, die nicht armengemässigt waren, logierten wenn immer möglich in jüdischen Haushalten; dort konnten sie davon ausgehen, dass die Speisegesetze eingehalten wurden.

In Fragen des Ehe- und Erbrechts, aber auch in vermögensrechtlichen Konflikten verfügten die jüdischen Gemeinden in der Grafschaft Baden über eine autonome Gerichtsbarkeit. Richter waren die Rabbiner.¹¹⁷ Wurde deren Richtspruch nicht akzeptiert, konnten die Parteien an das Landvogteigericht appellieren. Für Konfliktfälle zwischen Juden und Christen war ausschliesslich das Landvogteigericht zuständig. Die letzte Rechtsgewalt über die in der Grafschaft Baden niedergelassenen Juden lag beim Landvogt. Anders als die christlichen Untertanen unterstanden die Juden in Fragen der niederen Gerichtsbarkeit nicht dem Richtspruch der lokalen Untervögte.



Friedhof der Juden zwischen Lengnau und Emdingen. Stich von Johann Rudolf Holzhalt aus Johann Caspar Ulrichs «Sammlung jüdischer Geschichten» von 1768. Hinter dem genretypischen Staffagebaum zeigt die Darstellung aus erhöhter Perspektive den jüdischen Friedhof als ummauerten Bezirk, auf welchem eine Beerdigung abgehalten wird. Die

Legende beschreibt, dass der Friedhof über zwei Eingänge verfügt, wobei diese jeweils auf der Seite von Lengnau oder Emdingen in die Friedhofsmauer eingelassen sind. Zudem verweist die Legende auf eine räumliche Trennung von Gräbern für Männer, Frauen, Kinder und Frauen, die im Wochenbett gestorben sind.

Jüdische Händler und christliche Bauern

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verfasste der Zürcher Pfarrer Hans Rudolf Maurer unter dem Titel «Kleine Reisen im Schweizerland. Beyträge zur Topographie und Geschichte desselben» einen Bericht über eine Reise, die ihn von Zürich über Baden nach Schinznach und durch das Surbtal zurück nach Zürich führte. Maurer war ein Anhänger der Aufklärung. Schinznach, das Ziel seiner Reise, war der Ort, wo sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts die fortschrittliche Partei, die sogenannten Patrioten, versammelten. In seinem Reisebericht sind an diversen Stellen Gespräche über politische und sozialreformerische Fragen und Exkurse zu Historie und Geografie

eingeflochten. Auf 43 Seiten berichtet er über die beiden jüdischen Gemeinden in Emdingen und Lengnau und schildert allgemeine ökonomische, soziale und politische Beobachtungen zu den schweizerischen Juden und zur Geschichte der Juden in der Schweiz.¹¹⁸ Der Text ist hinsichtlich der Intention des Autors äusserst ambivalent zu lesen und voll von antijüdischen Stereotypen. Gleichzeitig können anhand dieses Dokuments Aussagen über die Wahrnehmung der Juden und die Exotisierung ihrer Lebenswelt getroffen werden.

Maurer konstruierte ein dialektisches Verhältnis zwischen jüdischen und christlichen Bewohnern des Surbtals. Ihre Charaktere schilderte er – wohl als Anhänger von Johann Caspar Lavaters

Physiognomik –, indem er ihr Äusseres beschrieb: Das Auftreten, den Körperbau und die Gesichtszüge der Juden zeichnete er als fein, schlau und betriebsam, jene der christlichen Bauern als ehrlich, simpel und schwerfällig.¹¹⁹ Wobei ihm diese Beschreibung wohl dazu diene, sein Narrativ der Juden als «Wucherer und Schacherer» sowie der Bauern als «arme Opfer der jüdischen Hausierer, Makler und Viehhändler» zu untermauern. Generell wird die Lebensweise der christlichen Bauern im Text kontrastiert mit jener der Juden als Hausierer, Viehhändler und Makler. Wobei bei Maurer Lebensweise und charakterliche Züge miteinander verbunden waren: Als Händler und Makler mussten die Juden «hinterhältig und verschlagen» sein. Das Dasein als Bauer und die Arbeit an der eigenen Scholle wiederum entsprachen seinem Ideal einer «aufrichtigen und ehrlichen Lebensführung». Beindruckt zeigte sich Maurer jedoch von dem Erziehungswesen und der Gelehrsamkeit der Juden, die er in Gesprächen mit dem Rabbiner, den Schulmeistern und ihren Schülern erlebt habe.¹²⁰ So schilderte er begeistert die Fertigkeit der kleinen Knaben, Hebräisch zu schreiben und zu lesen.¹²¹ Generell lieferte Maurer Aussagen zur Sprachfertigkeit der Surbtaler Juden, die untereinander jiddisch und im Verkehr mit Christen den lokalen Dialekt sprachen, wobei er wohl Mühe hatte, das Jiddische zu verstehen.¹²² Gemäss Maurer wurden nicht nur die jüdischen Knaben, sondern auch die Mädchen darin geschult, zu lesen; wobei die jüdischen Frauen Ausgaben der Heiligen Schrift gelesen hätten, die zwar in hebräischer Schrift, aber in deutscher Sprache gedruckt waren.¹²³

Maurer war Anhänger der Idee, die Juden des Surbtals zu Bauern zu transformieren.¹²⁴ Pate für dieses Vorhaben standen wohl Hans Caspar Hirzels 1761 veröffentlichte Schrift «Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers» und ein 1774 zuhanden der Zürcher Regierung verfasstes Gutachten, das die Empfehlung aussprach, die Juden mit dem Recht auf Landbesitz auszustatten und als gleichberechtigte Bauern oder Handwerker im Surbtal wirtschaften und leben zu lassen.¹²⁵ Von einer ökonomischen Reform versprach sich Maurer einen charakterlichen Wandel der Surbtaler Juden; er wollte sie von ihrer «verderblichen Mäcklerey», wie er schrieb, wegführen.¹²⁶ Gleichzeitig sollten sich die Bauern (christliche und künftige jüdische) wohl – wie von Hirzel idealisiert dargestellt – einem aufklärerischen Bildungsideal hingeben.

Maurers Beschreibungen folgen also einem normativen Programm. Gleichwohl lassen sich

aus seinem Text Differenzierungsmechanismen ableiten, insbesondere dort, wo er scheinbar ohne Wertung die Gestalt der beiden Dörfer beschrieb. Maurer schrieb etwa davon, dass sich die Häuser der Juden durch eine blaue Bemalung des Holzwerks erkennen liessen. Während die christlichen Häuser zumindest teilweise als Bauernhöfe mit Stallungen, Heustock, Feldern und Gärten in Erscheinung traten, seien die jüdischen Häuser lediglich mit kleinen Gemüsegärten ausgestattet gewesen – «der einzige Anteil an der weiten Erde, welcher der jüdischen Kolonie vergönnt war», wie Maurer meinte. Auf die Sichtbarkeit von religiöser Identität im öffentlichen Raum verwiesen zudem die Synagogen in den beiden Dörfern, der israelitische Friedhof, die Laubhütten, welche zu Sukkot errichtet wurden – zu welchen Christen den Juden das Laubwerk lieferten, wie Maurer hervorhob.¹²⁷ In einigen jüdischen Haushalten seien christliche Mägde und Dienstboten angestellt gewesen.¹²⁸

Über Häuser, die von Christen und Juden gemeinsam bewohnt waren, berichtete Maurer nicht; die symbolhaft aufgeladenen Doppeltüren scheinen kein literarischer Topos des 18. Jahrhunderts gewesen zu sein – oder sie passten nicht zu Maurers Narrativ. Christliche Gegenstücke der Repräsentation religiöser Identität im öffentlichen Raum bildeten hingegen die Kirche in Lengnau (in Endingen fehlte ein christliches Gebetshaus), die christlichen Friedhöfe, der Klang der Kirchenglocken, Wallfahrten und Prozessionen.¹²⁹ Arbeitsalltag und Zeitstrukturen waren bei den christlichen Bauern primär durch die Landwirtschaft geprägt, bei den jüdischen Viehhändlern und Hausierern durch Märkte und Fernwanderungen.

Anders als bei Maurer beschrieben, war das Verhältnis der Juden und ihrer Dorfgenossen wohl nicht – oder zumindest nicht ausschliesslich – durch «bittern Haß»¹³⁰ geprägt. Es entspricht der Natur der Aktenüberlieferung, dass wir in Bezug auf die Frühe Neuzeit in erster Linie Kenntnis über konfliktbehaftete Begegnungen zwischen Juden und Christen haben, wohingegen friedfertige Beziehungen im Alltag kaum Niederschlag in der Aktenbildung fanden. Auch wenn sich jüdische und christliche Lebenswelten in religiöser und sozioökonomischer Hinsicht voneinander unterschieden, lebten sie in der Grafschaft Baden doch seit dem 16. Jahrhundert in unmittelbarer Nachbarschaft. Dieses Zusammenleben war geprägt von Begegnungen im öffentlichen Raum, auf dem Dorfplatz, in Wirtshäusern und auf Märkten.

Sie handelten miteinander und arbeiteten füreinander.¹³¹ Auch wenn wir Nachricht haben von offener Feindschaft und verdecktem Antijudaismus, so ist – über die Jahrhunderte der Nachbarschaft – doch von Konvivenz, von freundschaftlichem Verkehr oder zumindest von einem pragmatischen Umgang im Alltag auszugehen.

Zwetschgenkrieg und Übergang zum 19. Jahrhundert

Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts fand auch die Alte Eidgenossenschaft ihr Ende. Am 12. April 1798 wurde in Aarau die «eine und unteilbare Helvetische Republik» proklamiert. Dabei handelte es sich um ein Staatsmodell, das sich am Vorbild der Französischen Republik orientierte – und mit französischer Waffenhilfe konstituiert wurde. Der Übergang vom Ancien Régime zur Helvetik war mit einschneidenden Veränderungen ideeller und politischer Art verbunden. Die föderal organisierten Stände, die sich auf die religiös-politische Vorstellung eines Gottesgnadentums beriefen, wurden durch die revolutionäre Ordnung einer zentralstaatlich organisierten Demokratie abgelöst. Die herrschaftlich verwalteten Untertanengebiete, wie etwa die Grafschaft Baden, wurden zu gleichberechtigten, demokratisch konstituierten Kantonen umgewandelt. Leibeigenschaft, persönliche Feudallasten, Folter und Leibesstrafen wurden abgeschafft. Die Ideenwelt der Aufklärung und das Konzept der religiösen Toleranz fassten Fuss.¹³²

Mit dem Ende des Ancien Régime wurden auch die Sonderabgaben der Juden aufgehoben. Sie mussten keine Schutz- und Schirmbriefe mehr erwerben, mussten nicht mehr um Geleit bitten, sondern konnten frei reisen und hatten keine Leibzölle mehr zu entrichten. Heftig debattiert wurde im Rat der Helvetischen Republik jedoch über die rechtliche Gleichstellung der Juden. Als Vorbild diente wiederum Frankreich, das den französischen Juden am 27. September 1791 die volle Gleichberechtigung verliehen hatte. Das helvetische Parlament lehnte das Ansinnen jedoch ab. Die Gegner der Gleichberechtigung bezeichneten die Juden als Fremde; sie seien nicht bloss Angehörige einer anderen Religion, sondern auch eines anderen Volkes. Entsprechend seien sie nicht berechtigt, den Bürgereid auf die Helvetische Republik abzulegen. Die Schweizer Juden – auch solche, deren Familien seit Generationen im Surbtal lebten – wurden unter das Fremdengesetz gestellt.

Paradoxerweise wurden sie dadurch rechtlich schlechter gestellt als französische Juden, die in der Schweiz als niedergelassene Bürger der Französischen Republik auch in der Helvetischen Republik im Vollgenuss der bürgerlichen Freiheit leben durften.¹³³

Die Zeit der Helvetik war eine Zeit rasanter Umbrüche und intensiver Gewalterfahrung. Französische, österreichische und russische Truppenverbände kämpften in den Territorien der Helvetischen Republik, drangsalierten die lokale Bevölkerung und requirierten logistische Güter.¹³⁴ Die alten Eliten – aber auch Teile der ehemaligen Untertanen – lehnten die Helvetische Republik ab. Im September 1802 lancierten die Gegner der Republik einen flächendeckenden Aufstand – den sogenannten Stecklikrieg – und stürzten die Regierung für eine kurze Zeit. Im direkten Anschluss an den Stecklikrieg kam es am 21. September 1802 zu antijüdischen Ausschreitungen in den beiden Gemeinden Lengnau und Endingen. Dabei versammelten sich rund 800 Bewohnerinnen und Bewohner aus den umliegenden Tälern, um die Juden zu attackieren und ihre Besitztümer zu plündern. Bei dem Übergriff handelte es sich nicht um einen spontanen Akt der Gewalt, sondern um eine konzertierte Aktion, an welcher sich Bauern, ehemalige Söldner und Patriziersöhne beteiligten, bewaffnet mit Säbeln, Gewehren und Heugabeln. In den zeitgenössischen Quellen werden diese Ausschreitungen mehrheitlich als «Zwetschgenkrieg» oder «Bändelkrieg» bezeichnet.¹³⁵

Die eigentümliche Begriffsbildung wird von den Historikerinnen und Historikern unterschiedlich begründet. «Zwetschgenkrieg» wird als Verweis auf die Reife der Früchte am Tag der Ausschreitung oder auf die angeblich in den jüdischen Gärten übel zugerichteten Zwetschgenbäume interpretiert. «Bändelkrieg» wird als Hinweis auf die während der Ausschreitungen gestohlenen Stoffbänder – ein Gut, mit dem jüdische Hausierer im 18. Jahrhundert tatsächlich handelten – gelesen.¹³⁶ Zudem wurde argumentiert, dass die Bezeichnung «Bändelkrieg» wohl eher einem Missverständnis folgte und er ursprünglich wohl eher «Büntelkrieg» genannt wurde, darauf verweisend, dass die Plünderer mit Bündeln voll Beute abzogen. Problematisch sind alle drei Begriffe, können sie doch als heroisierende, romantisierende oder verniedlichende Verklärung der Ausschreitungen gelesen werden; andererseits bietet es sich – bei aller Distanzierung von einer normativen Deutung – an, die in der Literatur etablierte Verwendung des Begriffs «Zwetschgenkrieg» zu übernehmen.

In der Geschichtsschreibung wird der Zwetschgenkrieg häufig als Nebenschauplatz eines überregionalen Aufstands gegen die helvetische Zentralregierung, der sich im Herbst 1802 landesweit bemerkbar machte, dargestellt. Dieser Stecklikrieg kann – je nach Perspektive – als föderalistischer, konterrevolutionärer, antimoderner oder freiheitlicher Aufstand gelesen werden. Ziel der Aufständischen war es, die Helvetische Republik und ihr aufklärerisches Programm sowie deren Versuch, eine zentral gelenkte Verwaltung aufzubauen, zu stürzen, was ihnen kurzzeitig auch gelang. Während dieser kurzen Periode des Machtumsturzes, im Anschluss an die eigentliche Erhebung, ereignete sich der Zwetschgenkrieg. Nachdem sich der Aufruhr beruhigt hatte und das Gewaltmonopol weitgehend reinstalliert war, setzte die Interimsregierung des Kantons Baden eine Untersuchungskommission ein, welche die an der «Judenschaft» verübten «Räubereyen» untersuchen sollte.¹³⁷

Die Akten dieser Untersuchungskommission halten unterschiedliche Intentionen und Motivlagen der Angreifenden fest. Die Anhänger der alten Ordnung diffamierten die Juden als «Agenten der Revolution» und griffen sie als «Günstlinge der Helvetik» an – ein Topos, der mit Edmund Burkes Kritik der Französischen Revolution und der Bezeichnung ihrer Anführer als «Old Jewry» und daran anschliessenden Verschwörungstheorien internationale Verbreitung fand.¹³⁸ Revolutionär gesinnte Bauern, die sich ebenfalls am Zwetschgenkrieg beteiligten, argumentierten gerade umgekehrt und sahen die Juden als «Profiteure des Ancien Régimes». Andere legitimierten ihr Handeln durch Stereotypen aus dem Repertoire des christlichen Antijudaismus. Dabei ist zu bemerken, dass sich ein Teil der Angreifenden, direkt im Anschluss an eine katholische Prozession von Zurzach her kommend, an den Ausschreitungen beteiligte. Wieder andere verwiesen auf Gerüchte, die dahingehend lauteten, dass ein Jude einem Christen den Unterkiefer abgeschnitten habe; sie hätten sich an dem Zug gegen die Juden beteiligt, um sich für den angeblich malträtierten Christen zu rächen. Nicht zuletzt spielten ökonomische Motive eine Rolle. So kam es während den Ausschreitungen zu immensen wirtschaftlichen Schäden auf jüdischer Seite, zur Zerstörung von Schuldscheinen und zum Raub jüdischer Güter. Was die Angreifenden einte, war die judenfeindliche Interpretation ihrer Handlungen. Dabei standen die Juden als Chiffre für unterschiedliche, teilweise auch widersprüchliche Narrative und Interpretationsmuster. Gerade deshalb handelt es

sich beim Zwetschgenkrieg aus kulturhistorischer Perspektive um ein äusserst spannendes Ereignis. Der Antijudaismus, der im Zwetschgenkrieg zum Tragen kam, ist im Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen, konfessioneller und religiöser Bruchlinien, sozioökonomischer Problemlagen und lokalspezifischer Konflikte zwischen christlicher Mehrheitsgesellschaft und jüdischer Minderheit zu interpretieren. Er kann symbolhaft als – vorläufiger – Kulminationspunkt religiöser, politischer, ideeller, wirtschaftlicher und sozialer Differenzierungsprozesse des 18. Jahrhunderts gelesen werden.

Nach dem Zerfall der Helvetischen Republik im Mai 1803 wurden zuvor gewährte Rechte weitgehend revidiert. Zahlreiche Kantone erliessen Markt- und Hausierverordnungen, die spezifisch gegen jüdische Händler gerichtet waren. Im Aargau implementierte das Judengesetz von 1809 ähnliche Bestimmungen, wie sie in den alten Schutz- und Schirmbriefen enthalten waren.¹³⁹ Erst mit dem aargauischen Organisationsgesetz von 1824 und dem aargauischen Schulgesetz von 1835 wurden die Verfassungen der beiden jüdischen Gemeinden im Sinne des modernen Staates rechtlich stärker ausdifferenziert.¹⁴⁰ Bis die Juden als gleichberechtigte Bürger anerkannt wurden, sollte es allerdings noch eine Weile dauern. Erst mit den Revisionen der Bundesverfassung von 1866 wurden ihnen – auf Bundesebene – freie Niederlassung und Gleichheit vor dem Gesetz gewährt, mit der zweiten Revision der Bundesverfassung von 1874 schliesslich auch die freie Ausübung des Gottesdienstes. Auf kantonaler Ebene wurden sie im Kanton Aargau – als letztem Kanton der Schweiz – am 1. Januar 1879 mit vollen Bürgerrechten ausgestattet.¹⁴¹

23 Wirz, Claudia: Auf dem Rütli des Schweizer Judentums. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 27.10.2017, S. 50.

24 Battenberg, Friedrich: Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. München 2001, S. 33.

25 Vgl. Huwyler, Josef: Die jüdische Ansiedlung in Ehrendingen. In: *Badener Neujahrsblätter* 48 (1973), S. 57–69; Guggenheim-Grünberg, Florence: Ein interessanter Fund aus Ehrendingen. In: *Israelitisches Wochenblatt* (IW) vom 9.1.1965; dies.: Ehrendingen hatte doch eine jüdische Ansiedlung. In: IW vom 8.3.1968.

26 Esch, Arnold: Überlieferungs-Chance und Überlieferungs-Zufall als methodisches Problem des Historikers. In: *Historische Zeitschrift* 240, 3 (1985), S. 529–570.

27 Vgl. Guggenheim-Grünberg, Florence: Aus einem alten Endinger Gemeindebuch. In: Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 2 (1952), S. 1–10.

28 Bürgin, Martin: Zwischen Vertreibung und Duldung. Jüdische Siedlungen und Niederlassungen in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft. In: Michaela Schmölz-Häberlein (Hg.): Jüdisches Leben in der Region. Herrschaft, Wirtschaft und Gesellschaft im Süden des Alten Reiches. Würzburg 2017, S. 31–75.

29 Das gilt im Falle von grösseren Siedlungen für das Rheintal und Solothurn, für Niederlassungen Einzelner unter anderem für Freiburg, Solothurn, Basel, Luzern, Zürich, Schaffhausen und St. Gallen. Vgl. Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 31–63 (mit weiterführenden Literaturangaben).

30 Vgl. Guggenheim-Grünberg, Florence: Judenschicksale und Judenschul im mittelalterlichen Zürich. Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz 8, Zürich 1967; Brunschwig, Annette (Hg.): Geschichte der Juden im Kanton Zürich. Von den Anfängen bis in die heutige Zeit. Zürich 2005; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 39–45.

31 Zur Verwendung unterschiedlicher Metaphern wie «Doppeltür», «Rütli» oder «Heureka» im Zusammenhang des jüdischen Kulturraums Aargau siehe die Einleitung von Jacques Picard und Angela Bhend in diesem Buch.

32 Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede (in der Folge Eidgenössische Abschiede), 3.1, S. 99, Art. 1; Weldler-Steinberg, Augusta; Guggenheim-Grünberg, Florence: Geschichte der Juden in der Schweiz, Bd. 1. Goldach 1966, S. 17 und 227.

33 Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg schreiben zu David von Bremgarten: «Im Jahre 1537 erbittet Jud David zu Bremgarten ferneres Geleite von der Tagsatzung, und die Gemeinde bezeugt sein ehrbares Handeln.» Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18. Die Quelle, auf welche die beiden verweisen, handelt allerdings von einem anderen Sachverhalt. Die Eingabe beim Zürcher Rat ist im StAZH erhalten unter: StAZH, B VIII 93, S. 201. Zu Zürich vgl. Brunschwig, Annette: Frühe Neuzeit. In: Dies. Brunschwig, Annette; Heinrichs, Ruth; Huser, Karin (Hg.): Geschichte der Juden im Kanton Zürich. Von den Anfängen bis in die heutige Zeit. Zürich 2005, S. 116–150, S. 120. Zur Geschichte der Juden im Mittelalter siehe den Beitrag von Diemuth Königs auf Seite 11 in diesem Buch.

34 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18 und S. 227.

35 StAZH, B II 129, S. 6; Brunschwig, Frühe Neuzeit, S. 120. Bei Brunschwig als Mössly umschrieben.

36 StAZH, F III 13; Brunschwig, Frühe Neuzeit, S. 120.

37 StAZH, A 135.3, Neumamt; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18 und S. 227; ebenfalls bei Brunschwig, Frühe Neuzeit, S. 120. Dort umschrieben als Salomon und Jakob.

38 StAZH, B II 230, S. 18; Brunschwig, Frühe Neuzeit, S. 120.

39 Dieses Bündnis sollte über die Reformation hinaus Bestand haben: Bremgarten wurde 1529 reformiert und wählte den Reformator Heinrich Bullinger (1504–1574), den späteren Verfasser des Zweiten Helvetischen Bekenntnisses, zum Stadtpfarrer. Im selben Jahr wurde, in der Folge des Ersten Kappelerkriegs, beiden Konfessionen die Gleichberechtigung zuerkannt. Zwei Jahre später, als die Katholiken im Zweiten Kappelerkrieg 1531 den Sieg errangen, machten die katholischen Orte ihren Einfluss in der Stadt geltend. Heinrich Bullinger flüchtete daraufhin nach Zürich und wurde dort zum Nachfolger des Reformators Huldrych Zwingli (1484–1531) gewählt, der in der Schlacht bei Kappel am Albis gefallen war. Während des Zweiten Villmergerkriegs,

dem letzten der eidgenössischen Konfessionskriege, wurde Bremgarten 1712 schliesslich von den reformierten Orten erobert und stand anschliessend unter deren politischem Einfluss, blieb konfessionell allerdings katholisch. Die konfessionellen und politischen Verschiebungen hatten auf die Duldung jüdischer Niederlassungen innerhalb der Stadt Bremgarten, die mehr oder minder kontinuierlichen Quellenbelege sprechen dafür, wohl keine Auswirkungen. Als Überblick zur Geschichte Bremgartens: Bürgisser, Eugen: Kurze Geschichte der Stadt Bremgarten. In: Stadtrat Bremgarten (Hg.): Bremgarten. Bremgarten 1990, S. 7–51. Zur Konfessionsgeschichte des Freihamts: Schultz, Emil: Reformation und Gegenreformation in den Freien Ämtern. Zürich 1899. Schultz' Dissertation ist einer katholischen Perspektive verpflichtet, der Ton durchaus pathetisch gehalten. Die Studie brilliert allerdings durch eine detaillierte Quellenarbeit. Hinweise zur Geschichte der Jüdinnen und Juden finden sich weder bei Bürgisser noch bei Schultz.

40 Stöckli, Rainer: Mellingen. In: Historisches Lexikon der Schweiz Bd. 8. Basel 2008, S. 344; Ders.: Geschichte der Stadt Mellingen von 1500 bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Freiburg 1979.

41 StAZH, B II 129, S. 6.

42 Stöckli, Geschichte der Stadt, S. 247.

43 StAZH, B II 434, S. 14. Keine Erwähnung bei Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg. Bei Brunschwig ohne Datumsangabe, aber mit Verweis auf das Ratsmanual angeben, umschrieben als Jäckli Schwaben. Brunschwig, Frühe Neuzeit, S. 122.

44 Stadtarchiv Mellingen (in der Folge StAM), M3, Ratsprotokolle, S. 227f. und S. 252; M4, Ratsprotokolle, S. 6 und S. 9; M16, Ratsprotokolle, S. 1f., 26, 30, 64, 68, 81f., 123f.; M17, Ratsprotokolle, S. 24, 28, 51, 75; Stöckli, Geschichte der Stadt, S. 247.

45 StAM, M17, Ratsprotokolle, S. 1f. StAZH, A 320, 7.2.1648; vgl. Stöckli, Geschichte der Stadt, S. 247; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 21 und S. 228. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg stellten die Vermutung auf, es handle sich beim Mellinger Maram vermutlich um den später in Lengnau dokumentierten Maram Guggenheim (bei Weldler-Steinberg als Guggenheim umschrieben), der ab 1675 als Vorsteher und Führer der jüdischen Gemeinden in der Grafschaft Baden amtierte. Stöckli sieht dafür hingegen keinen Beleg und stellt die These infrage.

46 StAM, M17, Ratsprotokolle, S. 75; M1, Ratsprotokolle, S. 478f. und 483f. Stöckli, Geschichte der Stadt, S. 248.

47 StAM, M1, Ratsprotokolle, S. 240f. Stöckli, Geschichte der Stadt, S. 248.

48 Königs, Diemuth: Juden im Fricktal. Geschichte einer Minderheit vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Basel 2016, S. 102. Königs schrieb an derselben Stelle: «Woher diese Kaufleute kamen, geht aus den Ratsprotokollen nicht hervor. Möglicherweise handelte es sich um Grenzacher Juden, die schon geraume Zeit geschäftliche Beziehungen zu Rheinfelden pflegten.» Aufgrund der zeitlichen Nähe zwischen der Niederlassung in Rheinfelden und dem Wegzug aus Mellingen scheint es plausibel, davon auszugehen, dass es sich bei Jäkle Schwab und Jeggli Schwaben um dieselbe Person handelte. Königs verwies zudem darauf, dass Juden nach dem Dreissigjährigen Krieg als Kreditleiher in Rheinfelden und in Laufingen aufgenommen wurden. Königs, Juden im Fricktal, S. 99–102. Das Fricktal war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Teil des habsburgischen Kaiserreichs, bis es von französischen Truppen erobert wurde. Am 20.2.1802 wurde der Kanton Fricktal mit dem Status eines französischen Protektorats ausgerufen; am 13.8.1802 wurde es als vorerst selbstständiger Gliedstaat der Helvetischen Republik angegliedert, bevor es am 19.2.1803 im neu gegründeten Kanton Aargau aufging. Aufgrund seiner Situierung ausserhalb der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft wird im vorliegenden Artikel nicht weiter auf die Geschichte der Juden im Fricktal eingegangen. Dafür sei die Studie von Königs aber wärmstens empfohlen.

49 Würzler, Andreas: Die Tagsatzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer repräsentativen Institution im europäischen Kontext (1470–1798); Epfendorf 2013; Head, Randolph C.: Shared Lordship, Authority, and Administration. The Exercise of Dominion in the Gemeine Herrschaften of the Swiss Confederation, 1417–1600. In: *Central European History* 30,4 (1997), S. 489–512.

50 In den Abschieden heisst es wörtlich: «Über die Abschaffung der Juden zu Klingnau sollen die V katholi-

schen Orte ihren Gesandten nach Baden Instructionen mitgeben. Eidgenössische Abschiede, 5.1, II, S. 1456, Art. 81. Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg machten aus der Anfrage eine Instruktion der katholischen Orte an ihre Gesandten: «1612 instruierten sie [die fünf katholischen Orte] ihre Gesandten in Baden, die Entfernung der Juden in Klingnau zu veranlassen.» Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18. Möglicherweise entnahmen sie diese Version einer Quelle, die in einem Archiv der angefragten Orte aufgefunden wurde. In den Abschieden, auf welche sie explizit verweisen, findet sich diese Aussage jedoch nicht. Zur Problematik einzelner Quellennachweise bei Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg vgl. die Ausführungen unter «Attraktivität der jüdischen Gemeinden von Lengnau und Endingen».

51 Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg scheinen die Quellennotiz etwas euphorischer interpretiert zu haben, als sie schrieben: «Diese Anträge setzen das Vorhandensein einer bereits merklichen jüdischen Bevölkerung voraus, für deren Anwachsen eine gewisse Zeit angenommen werden muss.» Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18. Tatsächlich können wir über die Grösse der jüdischen Gemeinschaft – ohne weitere Quellenfunde – keine Aussagen treffen.

52 Eidgenössische Abschiede, 5.1, II, S. 1456f., Art. 82.

53 Ebd.

54 StAAG, Nr. 2785 Judenakten, Fasz. 1, Nr. 1.

55 StAZH, A 319, Clingnau. Verweis auch bei: Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 21 und S. 227.

56 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 22.

57 StAAG, Nr. 2785 Judenakten, Fasz. 2, Nr. 5.

58 Ulrich, Johann Caspar: Sammlung jüdischer Geschichten, welche sich mit diesem Volk in den XIII. und folgenden Jahrhunderten bis auf MDCCCLX in der Schweiz von Zeit zu Zeit zugetragen. Zur Beleuchtung der allgemeinen Historie dieser Nation herausgegeben. Basel 1768, S. 273. Neu aufgelegt als Faksimilausgabe, Westminster 1969. Das Werk hat chronikalischen Charakter; die Positionierung des Autors ist durchaus umstritten. Als Zeitdokument, aber auch aufgrund der darin enthaltenen Exzerpte und teilweise wörtlichen Übernahmen aus Quellentexten, ist Ulrichs Schrift historiografisch dennoch von Bedeutung. Zudem sollte sich Ulrichs Sammlung jüdischer Geschichten für spätere Arbeiten als prägend erweisen. Als historiografische Arbeit dazu vgl.: Rothschild, Lothar: Johann Caspar Ulrich von Zürich und seine «Sammlung jüdischer Geschichten in der Schweiz». Ein Beitrag zur Diskussion der Judenfrage in der Schweiz im 18. Jahrhundert und zur Darstellung der Juden in der schweizerischen Publizistik, Zürich 1933. Kritisch gegenüber Johann Caspar Ulrichs Position – unter Anführung pietistischer Missionsabsichten und allmählicher geistiger Umnachtung – nahm Guggenheim-Grünberg Stellung: Guggenheim-Grünberg, Florence: Pfarrer Ulrich als Missionar im Surbtal. Ein Beitrag zur Judenmission in der Schweiz im 18. Jahrhundert. In: Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz. Zürich 1953. Dagegen eher affirmativ verfasst, Ulrich als Aufklärer wertend, seine offenkundigen Missionsabsichten allerdings nicht verschweigend: Brunschwig, Annette: Vernunft gegen Vorurteile. Ein Zürcher Aufklärer gegen den Antijudaismus. In: Domhardt, Yvonne; Paul, Kerstin (Hg.): Quelle lebender Bücher. 75 Jahre Bibliothek der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich. Biel 2014, S. 87ff.

59 Die Autorinnen halten fest: «Laut Syndikatsbeschluss vom 8. Juli 1657 und dem Rezess von 1678 waren die Juden (niemand als der hohen Obrigkeit unterworfen). Damit war gesagt, dass sie nicht nur, wie andere Grafenschaftsbewohner, in der hohen, sondern auch in der niederen Gerichtsbarkeit nur dem Landvogt unterstellt und somit derjenigen der Untervögte entzogen waren.» Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 23. Welcher Quelle Weldler-Steinberg und Guggenheim-Grünberg diesen Befund entnommen haben, bleibt leider unklar. Als Beleg führen sie die oben zitierte Stelle bei Ulrich an. Dabei handelt es sich wohl um ein Versehen. Bei Ulrich ist an zitierter Stelle von einem Syndikatsbeschluss, der auf den 8.7.1657 datiert, keine Rede. Auch in den Eidgenössischen Abschieden konnte kein solcher Beschluss gefunden werden.

60 Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten, S. 274.

61 Für einen umfangreichen Überblick zu den obrigkeitlichen Praktiken und Diskursen um Duldung und Vertreibung der Juden in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, nach Territorien gegliedert und mit

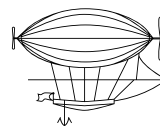
- zusätzlichen Literaturangaben, vgl.: Bürgin, Zwischen Vertreibung.
- 62 Ebd., S. 39–45.
- 63 StAZH, E II 11, S. 144–154; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 45; Ulrich, Sammlung jüdischer Geschichten, S. 119f.; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 22 und S. 26; Brunchwitz, Frühe Neuzeit, S. 121.
- 64 Für einen Überblick über die Jüdinnen und Juden in Solothurn: Studer, Charles: Die Juden in Solothurn. In: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte, Bd. 64 (1991), S. 53–76; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 18, 76–79 und 227. Spezifisch zu den Praktiken und Diskursen um Duldung und Vertreibung: Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 48–54.
- 65 StASO, RM 1575, 79, S. 157 und S. 166; RM 1578, 82, fol. 106; RM 1579, 83, fol. 93; RM 1582, 86, fol. 1; RM 1582, S. 78 und S. 86; RM 1596, 100, S. 185; RM 1595, 99, S. 263.
- 66 Die Gebiete sind durch mehrere Hügelzüge von der Hauptstadt getrennt. Indem die adressierten Vögte im Kollektiv als Vögte «enam Berg» angesprochen wurden, wurde die räumliche Trennung zwischen Zentrum und Peripherie auch im Schriftverkehr nachgezeichnet. StASO, RM 1575, 79, S. 157.
- 67 StASO, RM 1575, 79, S. 271; RM 1576, 80, S. 76; RM 1578, 82, fol. 7.
- 68 StASO, RM 1582, 86, S. 402.
- 69 StASO, RM 1633, 137, S. 126; RM 1633, 294.
- 70 StASO, RM 1637, 141, S. 199f., 217, und 219f. Studer, Die Juden in Solothurn, S. 64.
- 71 Christoph Uehlinger schrieb in einem ähnlichen Zusammenhang, am Beispiel der Zürcher Liebfrauenkirche, von einem «Coming-Out». Uehlinger, Christoph: Coming Out. Zum Verhältnis von Sichtbarmachung und Anerkennung im Kontext religiöser Repräsentationspraktiken und Blickregimes. In: Dorothea Lüdeckens, Christoph Uehlinger, Rafael Waltert: Die Sichtbarkeit religiöser Identität. Repräsentation, Differenz, Konflikt. Zürich 2013, S. 139–162. Vgl. dazu auch Knott, Kim: The Tactics of (In)Visibility of Religious Communities in Contemporary Europe. In: Christoph Boehinger, Jörg Rüpke: Dynamics of Religion. Past and Present. Berlin 2017, S. 47–67.
- 72 StASO, RM 1637, 141, S. 199f., 217, und 219f.; Studer, Die Juden in Solothurn, S. 64; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 77.
- 73 StASO, RM 1639, 143, S. 667f. und S. 682; Studer, Die Juden in Solothurn, S. 64.
- 74 Urban Fink bemerkte im Zusammenhang mit den religiösen Sittenmandaten und den Weisungen gegen Andersgläubige – Juden, Reformierte und Täufer – über die Durchsetzungskraft des Solothurnischen Rats im Zeitalter des Konfessionalismus: «Durch Mandate setzte der Rat direkt bei der Geistlichkeit und bei der Stadtbevölkerung Verbote und Verhaltensvorschriften durch, über Landvögte mit weniger Erfolg auch in der Landschaft.» Fink, Urban: Solothurn: Frömmigkeit und religiöse Abweichung. In: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 11. Basel 2011, S. 597. Wobei festzuhalten ist, dass die Praktiken von Duldung und Vertreibung von Jüdinnen und Juden vor dem Prozess gegen Samuel Eiron, der die Politik gegenüber Jüdinnen und Juden nachhaltig veränderte, auch in Zürich Gegenstand von Aushandlungsprozessen zwischen Zentrum und Peripherie waren. Prominent verhandelt wurde beispielsweise das Bleiberecht des Juden Lazarus im Jahr 1497. Für ihn setzten sich Hanns Conrat von Rumlang, der zürcherische Untervogt in Wülflingen, zusammen mit Hans Melk von Schwyz, dem eidgenössischen Landvogt des Thurgaus, ein; sie baten den Zürcher Rat nachdrücklich, Lazarus und seine Familie nicht aus der Zürcher Landschaft zu verweisen. Vgl. dazu Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 39–42.
- 75 StASO, RM 1736, S. 4f. Studer, Die Juden in Solothurn, S. 66f.; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 53.
- 76 Vgl. dazu Rohrbacher, Stefan; Schmidt, Michael: Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile. Hamburg 1991. Rohrbacher und Schmidt gliedern ihr Buch nach unterschiedlichen Topoi; für die obigen Argumente sind insbesondere die Kapitel «Mythen und Märkte», «Handel und Wandel» sowie «Frömmigkeit und Gewalt» von Interesse. Empirische Untersuchungen zu ähnlichen Fällen mit gleichartigen Vorwürfen existieren zuhauf; vgl. unter anderem die Beiträge von Mark Häberlein, Monika Müller und Michaela Schmölz-Häberlein in: Schmölz-Häberlein, Jüdisches Leben in der Region.
- 77 StASO, RM 1736, S. 4f.; Studer, Die Juden in Solothurn, S. 66f.
- 78 Studer, Die Juden in Solothurn, S. 67–73; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 78f.
- 79 In den Eidgenössischen Abschieden heisst es: «Weil der verbotene, eigennützige und ganz schädliche Aufwuchs meist von den hebräischen Juden» listig und heimlich betrieben wird, und sie sonst den armen Unterthanen das Blut unter den Nägeln hervorsaugen, so wird für ratsam erachtet, dass die in der Grafschaft Baden und anderwo in der Eidgenossenschaft wohnenden Juden aus dem Land gewiesen werden.» Eidgenössische Abschiede, 5.2, II, S. 1687, Art. 145.
- 80 StAZH, A 92.2, Supplikationen, 1.6.1634; B II 406, S. 39. In den Eidgenössischen Abschieden ist das Begehren oder die Diskussion darüber allerdings nicht verzeichnet.
- 81 StAZH, B II 406, S. 39; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 26.
- 82 StAZH, B II 413, S. 10; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 26; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 68.
- 83 StAZH, A 315.1.
- 84 Eidgenössische Abschiede, 5.2, II, S. 1687, Art. 146.
- 85 Ebd., S. 1490, Art. 46f.
- 86 Ebd., S. 1688, Art. 148.
- 87 Ebd., Art. 149.
- 88 Ebd., Art. 150.
- 89 Nirenberg, David: Anti-Judaism. The Western Tradition. New York 2013.
- 90 Eidgenössische Abschiede, 5.2, II, S. 1688, Art. 151.
- 91 «[...] umb denselben das wenige gnüssli zuentzügen», wie es im Regest wörtlich heisst. StAZH, B VIII 16, Reg. LXI.
- 92 In den Eidgenössischen Abschieden heisst es zur Forderung Zürichs: «Es wird dieß in den Abschied genommen, damit die Obrigkeiten sich gelegentlich Zürich gegenüber erklären können.» Eidgenössische Abschiede, 5.2, II, S. 1688, Art. 151. Erklärungen der Obrigkeiten blieben allerdings aus. Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 71.
- 93 «[...] vielmehr soll darauf gesehen werden, dass die vorhandenen nach Deutschland zurückkehren.» StAZH, B VIII 16, Reg. LXI. Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 28.
- 94 StAAG, Nr. 2785, Judenakten, Fasz. 1, Nr. 5.
- 95 «Da einige Gemeinden die Juden über des Landvogts ertheiltes Geleit nicht mehr beherbergen wollen, sie auch laut der Reform aus der Eidgenossenschaft verwiesen werden sollten, aber einige Orte bis zu Vollendung des Umgangs der Landvogteibesetzung dieß nicht geschehen lassen wollen, wird beschlossen, damit zuzuwarten, bis die Reihe wieder an Zürich komme.» Eidgenössische Abschiede, 6.1, II, S. 1311, Art. 185.
- 96 «Die hohen Obrigkeiten werden von Gott selbst den Göttern genannt darum, daß sie seine Statthalter auf Erden; sie werden Väter des Landes genannt, dafür daß selbige für der Einwohner des Landes Wohlfahrt sorgen sollen, als ein Vater für das Heil seiner Haushaltung. Gott sei gerecht. Ein Vater soll sein liebreich; nun sei männiglich bekannt, ja wir in unserm Gewissen überzeugt und sehen es täglich vor Augen, daß der verfluchte Judenschwärm eine rechte Pestilenz in unsern Landen, so daß wann ein Jude in eines Christen Haus eintritt, zugleich der Fluch ihm nachfolget und nicht nachlasset, bis die Haushaltung unter über sich [sic]. Wie wollen wir aber es vor Gott dem gerechten Richter und himmlischen Vater verantworten, wenn wir unsere armen Unterthanen diesen müßiggehenden Wölfen in den Rachen stossen? Darum und weil diese badische Regierung wiederum an lobl. Stadt Zürich kommt, werde heimgestellt, ob nicht auf künftige Johanni Jahrrechnung die Herren Ehrengesandten mit Instruction von dieses schädlichen Gesindels Abschaffung einkommen möchten, um so viel mehr, weil der Schaden auf das ganze Land, der Nutzen aber allein auf wenig Personen fliesse.» Eidgenössische Abschiede, 6.2, I, S. 567f., Zusatz zu Artikel 308b.
- 97 «Den Juden wird auf ihr Anhalten freies und sicheres Geleit, Wohnung und freier Handel und Wandel in der Grafschaft Baden von künftiger Jahrrechnung an auf sechszehn Jahre, d. h. auf einen ganzen Umgang der Regierung, zugesichert, da keine Klagen gegen sie vorgebracht worden sind.» Eidgenössische Abschiede, 6.2, II, S. 1965, Art. 280.
- 98 Guggenheim-Grünberg, Florence: Der Schutz- und Schirmbrief für die Judenschaft zu Endingen und Lengnau vom Jahre 1776. In: Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 2 (1952), S. 11–15. Im vollen Wortlaut ist der Brief – zusammen mit einem Kurzprotokoll der vorhergehenden Verhandlungen – enthalten in: Eidgenössische Abschiede, 7.2, S. 870–873.
- 99 Siehe bspw. bei Armbruster: «Die Christen und Juden benutzten nie denselben Hauseingang. Aus diesem Grund kann man heute noch Häuser sehen, die Doppeltreppen oder zwei nebeneinanderliegende Haustüren haben.» Armbruster, Thomas: Die jüdischen Dörfer von Lengnau und Endingen. In: Burmeister, Karl Heinz (Hg.): Landjudentum im Süddeutschen- und Bodensee-Raum. Dornbirn 1992, S. 38–86.
- 100 Binnenkade, Alexandra: KontaktZonen. Jüdisch-christlicher Alltag in Lengnau. Köln 2009, S. 120–140.
- 101 Ebd., S. 128–133.
- 102 Ebd., S. 130f.
- 103 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 35.
- 104 Vgl. dazu Schmölz-Häberlein, Jüdisches Leben in der Region, S. 23.
- 105 StAZH, B VIII 172. Siehe dazu auch Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 31; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 72f.
- 106 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 130f.
- 107 StAZH, A 315.1; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 31, 36f. und 229. Vgl. dazu Rohrbacher et al., Judenbilder, S. 120–131.
- 108 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 19.
- 109 Ebd., S. 21f.
- 110 Eidgenössische Abschiede, 6.1 II, S. 1142, Art. 112.
- 111 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 19f.; Bürgin, Zwischen Vertreibung, S. 60–64.
- 112 Zur allgemeinen Bedeutung der Zuzacher Messen: Bodmer, Walter: Die Zuzacher Messen von 1530 bis 1856. Aarau 1962. Spezifisch zu Aspekten jüdischer Wirtschaftsgeschichte und Legendenbildung vgl. den Beitrag von Susanne Bennewitz auf Seite 153 in diesem Buch.
- 113 Zum Friedhof auf den Judenäule siehe Guggenheim-Grünberg, Florence: Der Friedhof auf der Judeninsel, im Rhein bei Koblenz. In: Beiträge zur Geschichte und Volkskunde der Juden in der Schweiz, Nr. 5. Zürich 1956.
- 114 Als Überblicksdarstellung dazu: Hunziker, Edith; Weingarten Ralph: Die Synagogen von Lengnau und Endingen und der jüdische Friedhof. Bern 2005. Von den Synagogen, die davor bestanden, haben wir nur ungenaue Kenntnis. Der Zürcher Pfarrer Hans Rudolf Maurer berichtete in einem 1794 verfassten Reisebericht über den Vorgänger der Endinger Synagoge (deren Bau er allerdings auf 1755 datierte), das neue Gebäude habe «die Furcht und Eifersucht der Dorfbewohner» geweckt und stehe im Kontrast zur «ehemaligen Synagoge, die eher einem Stall geglichen» habe. Maurer, Hans Rudolf: Kleine Reisen im Schweizerland. Beytraege zur Topographie und Geschichte desselben. Zürich 1794, S. 165.
- 115 Guggenheim-Grünberg, Aus einem alten Endinger Gemeindebuch, S. 1–10.
- 116 Battenberg, Die Juden in Deutschland, S. 45ff.
- 117 Zu den Surbtaler Rabbinern siehe den Beitrag von Daniel Teichman auf Seite 215 in diesem Buch.
- 118 Maurer, Kleine Reisen, S. 164–207.
- 119 Ebd., S. 168. In seinen 19 Jahre vor Maurers Reisebericht erschienenen «Physiognomischen Fragmenten» entwarf Lavater eine Anleitung, die es ermöglichen sollte, menschliche Charaktere anhand ihrer Gesichtszüge und Körperformen zu erkennen. Lavater, Johann Caspar: Physiognomische Fragmente, zur Beförderung der Menschenkenntniß und Menschenliebe. Leipzig 1775.
- 120 Wobei das Lob ebenfalls ein ambivalentes war: «Man muß gestehen, die Juden thun vieles für Religion und Erziehung; und wer sich einmal in ihre Ueberzeugungen versetzen kann, wird an ihnen manches Gute finden, das man bey ihrem so eigennützigem Handelsverkehr mit den Christen nicht vermuthete.» Ebd., S. 165.
- 121 Ebd., S. 166.
- 122 Maurer schrieb dazu: «Ihre jüdisch deutsche Sprache redten sie unter sich, sehr verständlich jedoch mit uns.» Ebd., S. 184. Zur «Fremdartigkeit» des jiddischen Dialekts siehe ebd., S. 168.
- 123 Maurer, Kleine Reisen, S. 184. Vgl. zur Vielsprachigkeit sowie zur Lese- und Schreibkompetenz jüdischer Frauen im aschenasischen Raum: Davis, Natalie Zemon: Drei Frauenleben. Glikl, Marie de l'Incarnation. Maria Sibylla Merian. Berlin 1996, S. 34–38.

- 124 Maurer, Kleine Reisen, S. 173.
- 125 Hirzel, Hans Caspar: Die Wirthschaft eines philosophischen Bauers. Zürich 1761. Das Gutachten an den Zürcher Rat, gezeichnet durch Ratsherr Werdmüller und Stadtschreiber Hirzel, findet sich unter StAZH, A 315.11 in verschiedenen Etappen datiert auf den 1.5.1774, den 28.5.1774 und den 14.6.1775.
- 126 Maurer, Kleine Reisen, S. 173.
- 127 Ebd., S. 169.
- 128 Ebd., S. 166.
- 129 Zur Erforschung sichtbar gemachter religiöser Identität, Differenzwahrnehmungen und Konflikten im öffentlichen Raum, vgl. Lüddeckens, Dorothea; Uehlinger Christoph; Walthert, Rafael (Hg.): Die Sichtbarkeit religiöser Identität. Repräsentation. Differenz. Konflikt. Zürich 2013.
- 130 Maurer, Kleine Reisen, S. 166f.
- 131 Für die Bereiche des wirtschaftlichen Austauschs ab dem späten 18. Jahrhundert: Kaufmann, Uri: Jüdische und christliche Viehhändler in der Schweiz 1780–1930. Zürich 1988. Zu den Kontaktzonen des jüdisch-christlichen Alltags am Beispiel von Lengnau im 19. Jahrhundert: Binnenkade, KontaktZonen.
- 132 Zur Helvetischen Republik vgl. Böning, Holger: Der Traum von Freiheit und Gleichheit. Helvetische Revolution und Republik (1798–1803) – Die Schweiz auf dem Weg zur bürgerlichen Demokratie. Zürich 1998; Simon, Christian (Hg.): Blicke auf die Helvetik – Regards sur l’Helvétique. Basel 2000; Schläppi, Daniel (Hg.): Umbruch und Beständigkeit. Kontinuitäten in der Helvetischen Revolution von 1798. Basel 2009. Spezifisch zur Helvetik im Aargau: Meier, Bruno; Sauerländer, Dominik; Stauffacher, Hans Rudolf; Steigmeier, Andreas (Hg.): Revolution im Aargau. Umsturz – Aufbruch – Widerstand 1798–1803. Aarau 1997.
- 133 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 88–100; Weingarten, Ralph: Freiheit, Gleichheit – auch für Juden? In: Meier et al., Revolution, S. 204f.
- 134 Würzler, Andreas (Hg.): Grenzen des Zumutbaren. Erfahrungen mit der französischen Okkupation und der Helvetischen Republik (1798–1803). Basel 2011.
- 135 Vgl. zum Zwetschgenkrieg: Dreifus, Markus Götsch: Der Zwetschgen- oder Büntelkrieg im Jahre 1802. In: *Jüdisches Volksblatt zur Belehrung und Unterhaltung auf jüdischem Gebiet*, Nr. 33. Leipzig 1854; Pfyffer, Ivo: Der Aufstand gegen die Helvetik im ehemaligen Kanton Baden im September 1802. Baden 1904, S. 38–43; Leuthold, Rolf: Der Kanton Baden 1798–1803. Aarau 1933, S. 230; Halder, Nold: Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953, Bd. 1. Aarau 1953, S. 230; Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 104f.; Huwyler, Die jüdischen Ansiedlungen, S. 66ff.; Stüssi-Lauterburg: Föderalismus und Freiheit. Der Aufstand von 1802 – Ein in der Schweiz geschriebenes Kapitel Weltgeschichte. Brugg 1994, S. 188; Böninger, Holger: Der Traum von Freiheit und Gleichheit. Die Helvetische Revolution und Republik (1798–1803) – Die Schweiz auf dem Weg zur bürgerlichen Demokratie. Zürich 1998, S. 201–205; Hebeisen, Erika: Das Pogrom von 1802 im Surbtal. In: Simon, Christian (Hg.): Widerstand und Proteste zur Zeit der Helvetik. Basel 1998, S. 233–247; Hebeisen, Erika: Streit um die neue Ordnung. In: Meier et al., Revolution, S. 206–245; Hebeisen, Erika: «Hier geht es schrecklich unmenschlich zu!» Das Pogrom von 1802 gegen die jüdischen Gemeinden im Surbtal. In: Badener Neujahrsblätter. Baden 1998, S. 10–18.
- 136 Maurer, Kleine Reisen, S. 181.
- 137 StAAG HA/9934: Protokoll der Interimsregierung des Kantons Baden 28.9.1802–28.10.1802; Plünderung der Juden in Endingen und Lengnau 21.9.1802–15.12.1802; StAAG HA/9335: Akten der provisorischen Regierung des Kantons Baden September / Oktober 1802 II; StAAG HA/9448: Akten die Insurrektion betreffend 8.11.1802–2.12.1802, Gerichtssachen 25.5.1798–30.7.1802.
- 138 Burke, Edmund: Reflections on the Revolution in France, and on the proceedings in certain societies in London relative to that event. In a letter intended to have been sent to a gentleman in Paris. London 1790. Vgl. dazu: Nirenberg, David: Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. München 2015, S. 377–387.
- 139 Weldler-Steinberg et al., Geschichte der Juden, S. 120–130.
- 140 Siehe dazu die Beiträge von Patrick Süess sowie Ruth Wiederkehr und Dominik Sauerländer auf den Seiten 189 und 254 in diesem Buch.
- 141 An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Vreni Bürgin, Nadine Bürgin, Angela Bhend und Jacques Picard für die kritische Lektüre des vorliegenden Artikels bedanken – und für die Geduld, die sie mir während des Schreibprozesses entgegengebracht haben.

Jüdischer Kulturraum Aargau

Jacques Picard
Angela Bhend
(Hg.)

HIER UND
JETZT



Jüdischer Kulturraum Aargau

Jacques Picard
Angela Bhend
(Hg.)

HIER UND
JETZT

Einleitung		Aus dem Aargau, in den Aargau. Gestalter und Zeugen in vielschichtiger Zeit	
11	Zwischen historischer Wirklichkeit und kultureller Metapher. Aargauische und jüdische Lebenswelten in Geschichte und Gegenwart <i>Jacques Picard und Angela Bhend</i>	49	Gabrielle Rosenstein. Rebellion als Akt der Solidarität <i>Yves Kugelmann</i>
20	Das jüdische Surbtal im Kontext der kantonalen Erinnerungskultur <i>Thomas Pauli-Gabi</i>	55	Joel Rubin. Musiker, Musikethnologe und Pionier der jiddischen Musik <i>Alan Bern</i>
23	Ein weisser Fleck statt grüner Landschaft. Das Surbtal auf den Landkarten jüdischer Geschichte im 19. Jahrhundert <i>Susanne Bennewitz</i>	61	Jules Bloch. Einer der letzten «Viehvermittler» <i>Sabina Bossert</i>
29	Alemannisches Judentum. Jüdische Nachbarschaften im Elsass, in Südbaden und der Schweiz <i>Stefanie Mahrer</i>	67	Fritz Kerr. Erneuerer des Fussballs im Aargau <i>Erik Petry</i>
		73	Ruth Dreifuss. Erste jüdische Bundesrätin <i>Christina Späti</i>
		77	Otto Wyler. Maler zwischen Heimat und Moderne <i>Angela Bhend</i>
		84	Ernest Bloch. Annäherung an einen wegweisenden Komponisten <i>Walter Labhart</i>
		89	Albert Einstein. Die moralische Erziehung in jungen Jahren <i>Robert Schulmann</i>
		95	Walter Jonas. Mit dem Namen eines Propheten <i>Stefan Howald</i>

Spuren aus Antike und Mittelalter. Juden in einem mehrteiligen Aargau		Wege in die Neuzeit und das Wagnis der Moderne	
105	Der jüdische Fingerring von Kaiseraugst <i>René Bloch</i>	147	Orte und Bauten im Surbtal. Auf Spurensuche in den ehemaligen Schweizer «Judendörfern» <i>Ralph Weingarten</i>
109	Gemalte Geschichte. Die Kreuzigungsszene im mittleren Chorfenster der Stadtkirche Zofingen <i>Klaus Plaar</i>	153	Zurzacher Messen im Gerede. Der alte Marktort als Stoff neuer Legenden und Prozesse <i>Susanne Bennewitz</i>
116	Juden im mittelalterlichen Aargau <i>Diemuth Königs</i>	159	Konfessionalismus und Konvivenz. Die Surbtaler Juden und ihr Umfeld vom 17. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Kantons Aargau <i>Martin Bürgin</i>
		183	Wolf Dreyfuss. Financier der Helvetischen Republik <i>Martin Bürgin</i>
		189	Emanzipation als «sittliche Verbesserung». Der steinige Weg zur Gleichstellung der Schweizer Juden <i>Patrik Süess</i>
		204	Marcus Getsch Dreifuss. Über die Rezeption der Modernisierung in jüdischen Landgemeinden <i>Uri Kaufmann</i>
		209	Augustin Keller, Moritz Lazarus und die Emanzipation der Juden im Aargau <i>Kaspar von Greyerz</i>
		212	Wickelgeschichten. Die Lengnauer Tora-Wimpel <i>Dinah Ehrenfreund-Michler</i>
		215	Rabbiner im Surbtal <i>Daniel Teichman</i>

Konvivenzen und Konflikte in der bürgerlichen Gesellschaft		Aus dem Aargau, in den Aargau. Stimmen und Stimmungen des Wandels	
231	Die Künstlerin Alis Guggenheim und ihr Lengnauer Bilderzyklus <i>Susanne Pfankuch</i>	325	Die Brüder Gustave und Léon Bollag. Vom Surbtaler Landjudentum zur urba- nen Kunstvermittlung <i>Elisabeth Eggimann Gerber</i>
235	Trouvaillen aus dem Surbtal <i>Susanne Holthuißen und Franz Laube</i>	330	Die Guggenheims. Eine amerikanische Dynastie und ihre Aargauer Herkunft <i>Roy Oppenheim</i>
245	Wohlen, Oftringen, Hirschthal und andere Dorfwelten. Ländliches jüdisches Leben ausserhalb des Surbtals <i>Daniel Teichman</i>	339	William Wyler. Vom Endinger Kauf- mannssohn zur Legende Hollywoods <i>Karen Roth-Krauthammer</i>
254	Jüdische Lebenswelten im Kanton Aargau 1830–2000 <i>Dominik Sauerländer und Ruth Wieder- kehr</i>	347	Kurt Guggenheim. Leben und Werk eines literarischen Chronisten <i>Charles Linsmayer</i>
295	Ostjüdisches Leben in Baden <i>Daniel Teichman</i>	352	Izhak Englard. Jerusalemer Richter und Rechtsgelehrter mit Ennetbadener Wurzeln <i>Brigitte Santmann Rubin</i>
301	Die Jüdischen Gemeinden Baden und Bremgarten <i>Ron Epstein-Mil</i>	357	Henri Picard. Arzt und Reformier jüdi- scher Religionspraxis <i>Sarah Werren</i>
318	Das Brugger Verlobungsbuch von 1907 <i>Gaby Knoch-Mund</i>	362	Bea Wyler. «Wo kein Mehl ist, ist keine Tora», sagt die Rabbinerin <i>Valérie Rhein</i>
		366	János Tamás. Ein ungarisch-jüdischer Musiker im Aargau <i>Joel E. Rubin</i>
		370	Varlin alias Willy Guggenheim. Dem Menschlichen auf der Spur <i>Walter Labhart</i>
		374	Max Picard. Schriftsteller und konserva- tiver Humanist in zerrissener Welt <i>Jacques Picard</i>

Bewegte Zeiten. Im Zeichen von Krieg, Verfolgung und neuer Aufbruchstimmung

- 381 Oberst Zumbrunns Kampf gegen Frontisten und Nationalsozialisten
Walter Leimgruber
- 387 In Transit im Aargau. Jüdische Flüchtlinge zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung und des Zweiten Weltkriegs
Daniel Gerson
- 404 Aus dem Alltag von Flüchtlingen. Das Auffang- und Quarantänelager in Bremgarten
Catrina Langenegger
- 408 Wenn der Staat irrt ... Erinnerungen an Paulina Borner und die «Rosenlaube» in Baden
Brigitte Santmann Rubin
- 411 Eine Oase für Flüchtlinge. Jüdische Frauen im katholischen Kloster Fahr
Thomas Fässler
- 415 Jerzy Czarnecki. Doppelte Flucht und der Weg eines jüdischen Europäers
Brigitte Santmann Rubin
- 419 Hora in Brugg. Jugendbünde, Aufbruchstimmung und Generationenkonflikt in der Nachkriegszeit
Noëmi Sibold
- 424 Würenlingen 1970. Der Terroranschlag und seine Folgen
Hannah Einhaus
- 427 Periphere Identitäten? Lebensschicksale im und aus dem Aargau
Daniel Lis
- 432 Rabbiner Aron E. K. Müller. Lernprozess als Erschliessung der Welt
Zsolt Balkanyi-Guery

Minhag Suisse. Kulturelle Erbschaften und Reaktualisierungen

- 437 «Jüdische Volkskunde» als Wissensraum. Vergessene Spuren einer bewahrenden Kulturforschung
Konrad J. Kuhn
- 453 Golem im Emmental. Zur Comicfigur des Mendel aus Endingen
Daniel Lis
- 456 (Über-)Leben mit Humor. Die Papa-Moll-Erfinderin und engagierte Bürgersfrau Edith Oppenheim-Jonas
Carol Nater Cartier
- 461 Die Vermessung einer jüdisch-schweizerischen Romanwelt. Über Geografien, Schauplätze und projizierte Räume in Charles Lewinskys Familiensaga «Melnitz» (2006)
Barbara Piatti
- 466 Die Sommerbühne. Bäderkultur im Spiegel der jiddischen Literatur und Presse
Shifra Kuperman
- 473 Back- und Kochrezepte aus dem Surbtal
Käthi Frenkel-Bloch
- 475 Minhag Suisse. Jüdische Musik im Surbtal
Sarah Ross
- 481 Surbtaler Jiddisch. Ein westjiddischer Dialekt im Kanton Aargau
Jürg Fleischer
- 489 Auf einem Feld des Jiddischen. Max und Uriel Weinreich in der mehrsprachigen Schweiz
Kathrin Gisin
- 494 Vom Jüdischen Kulturweg zum Projekt Doppeltür in Endingen und Lengnau
Roy Oppenheim